

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944a.  
Anzeigenpreis die 5gespaltene Petit-  
zeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Dienstag  
mittag 12 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementsbestellungen  
u. find an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands.

### Aufruf an die Kollegen!

Wiederholt richten wir den Apell an alle Mitglieder und Vorstände, im Hinblick auf die bevorstehende Aussperrung von hunderttausenden von Metallarbeitern, wovon auch unsere Kollegen betroffen werden und teilweise schon betroffen sind, mit verdoppeltem Eifer in die Agitation einzutreten, um die fernstehenden Kollegen unserem Verbands zuzuführen. Desgleichen, die Opferfreudigkeit erneut anzuspornen und zu verdoppeln. Die gegnerischen Organisationen haben schon eine Reihe Extrabeiträge beschlossen, wir dürfen hinter den anderen an Opferfreudigkeit nicht zurückbleiben. Tue deshalb ein jeder seine Pflicht, suche jede Ortsgruppe die andere zu überbieten.

Die Verbandsleitung.

### Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

Die von dem Unternehmertum angebrachte Aussperrung hängt immer noch wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Metallarbeiter und wir zweifeln nicht daran, daß der Plan zur Ausführung kommt.

Von der ursprünglichen Generalaussperrung von 300 000 Arbeitern will der Industriellen Verband zwar vorläufig nur 60 Prozent aussperrern. Aber auch diese Zahl ist noch groß genug, um den Metallarbeitern den Ernst der Situation erkennen zu lassen. Auch wenn es „nur“ 180 000 sind, welche von der Aussperrung betroffen werden, so sind das Riesenzahlen, die in solchem Umfange in Deutschland — den letzten Bergarbeiterstreik abgerechnet — noch nicht im Kampfe standen.

Die Anforderungen an die finanziellen Mittel sind ungeheuer große und es werden die Metallarbeiter jetzt zeigen müssen, daß Idealismus und Opferfreudigkeit noch in ihren Reihen zu finden ist. Den Metallarbeitern wird es an erster Stelle vorbehalten bleiben, die Kämpfe mit dem Großkapital auszufechten. Hoffentlich dienen diese Kämpfe dazu, um auch in der Eisengroßindustrie endlich zur Anerkennung der Organisation und zur friedlichen Verständigung zu gelangen.

Andererseits muß auch ausgesprochen werden, daß unsere Radikalinstis in den sozial. Gewerkschaften und Partei, ein großer Teil der Schuld mittragen, daß es nicht zur Verständigung kommt. Die Ausgrenzung vom rücksichtslosen Klassenkampf, der keinen Ausgleich zwischen Arbeitern und Unternehmern will, sondern Krieg bis zur Vernichtung predigt, stärkt die Unternehmer in ihrem Widerstande und können sich während noch als die Hüter der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung aufspielen. Daß dieselben ein bequemes Mittel haben, einfach jede Organisation als sozialdemokratisch zu bekämpfen und abzulehnen, ist selbstverständlich.

Dieses sollten endlich unsere deutschen Arbeiter lernen und sich vom radikalen Phrasenspielen abwenden. Soll in der Industrie Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eintreten, müssen beide Teile sich achten und respektieren lernen, wie man es in England schon verstanden hat.

Die deutsche Sozialdemokratie leistet dem Unternehmertum ungewollt die besten Dienste. Bestenfalls

würde längst gezwungen sein — durch den Druck der öffentlichen Meinung — mit den Organisationen zu verhandeln, wenn nicht der Hinweis auf das zerstörende Wesen der Sozialdemokratie immer wieder ein Teil der öffentlichen Meinung und der Staatsgewalt auf ihre Seite zu treten, veranlaßt würde.

Dieses alles muß ein Ansporn sein, für alle auf christlich und nationalem Boden stehenden Arbeiter sich den christl. Gewerkschaften anzuschließen, um so starke Organisationen zu bilden, welche gesonnen sind, auch im Rahmen der jetzigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu heben und andererseits auch die Arbeitgeber als Daseinsberechtigten anzuerkennen. Dann wird es den Herren auf die Dauer unmöglich sein, sich den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter zu widersetzen, sie werden sich dann nicht mehr hinter das Schlagwort: „Sozialdemokratie und Umsturz“ verschanzen können, welches ihnen heute noch so viele Bundesgenossen zuführt.

Der beste Beweis ist England. Sicher würde dort das Einigungs- und Schiedsweisen in der Großindustrie, nicht diese gute Entwicklung genommen haben, wenn die Arbeiter der radikalen Sozialdemokratie gefolgt wären. So lange der radikale Chartismus in England herrschte, war jede Annäherung, jede Verständigung ausgeschlossen. Erst als die Arbeiter auch ihrerseits von Ueberspanntheiten abließen, sich auf den Standpunkt der realen Tatsachen, des Möglichen und Erreichbaren stellten, änderte sich die Situation. Der bessere Teil der Nation ergriff die Partei der Arbeiter und zwang dadurch das Unternehmertum zum Nachgeben. An und für sich ist das Unternehmertum in England nicht besser oder schlechter wie anderswo.

Die Macht der Tatsachen hat sie gezwungen und zwingt sie teilweise auch heute noch. Darüber einmal ernstlich nachzudenken, haben unsere deutschen Arbeiter alle Veranlassung; besonders aber unsere Kollegen, die christlichen Arbeiter. Sie haben die Pflicht, auf die sozialdemokratisch sein wollenden Arbeiter einzuwirken, ihnen zu zeigen, wie sehr sie durch ihr Verhalten sich selbst und der deutschen Arbeiterschaft einen unberechenbaren Schaden zufügen. Andererseits aber auch, um das Verständnis in christlichen Arbeiterkreisen zu wecken, daß eine Besserung unserer Verhältnisse nur dann eintreten wird, wenn die Arbeiter sich in überwältigender Majorität den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Die Aussperrung wird, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, in Kraft treten, ob sie später noch weitere Wellen schlagen wird, bleibt abzuwarten. Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen von Nord-, Süd- und Mitteldeutschland sind die Kündigungen erfolgt.

Das Geschreibsel der Unternehmerorgane, daß nur sozialdemokratische Verbändler ausgesperrt werden sollten, haben wir von vornherein richtig eingetragt als eine Verlegenheitsrede, um die Deffektivität einzuschläfern und beweist nur allzu sehr unsere oben zum Ausdruck gebrachten Anschauungen.

Selbst von der Werkst in Kiel wurden unsere Kollegen gekündigt.

Die sozialdemokratische Presse, u. a. der Vorwärts, tut jetzt fuchswild, daß eine unserer Ortsgruppen, z. B. München, in einer Versammlung eine Resolution annahm, worin der Aussperrung gegenüber eine abwartende Stellung eingenommen wurde und schimpft über Verrat und wie die fastigen Ausdrücke mehr sind, weil sich die Kollegen nicht sofort mit Holz und Kragen den roten Genossen, die sie bis jetzt in unerhörter Weise beschimpft haben — in die Arme werfen wollen. Ohne uns mit der Resolution zu identifizieren, müssen wir doch erklären,

daß die Kollegen nichts anderes taten, als auch der freie Metallarbeiterverband, der bis jetzt auch der Welt noch nicht kund und zu wissen getan hat, was er zu tun gedenkt; ob er den nichtausgesperrten Teil seiner Mitglieder freiwillig aus der Arbeit herausziehen will oder nicht. Er wird sich auch hüten, es zu tun.

Im Solinger Bezirk hat man sogar schon öffentlich von seiten der freien Verbändler den Rat erteilt, die Verbandszugehörigkeit zu verweigern, um nicht ausgesperrt zu werden. Trotz alledem das Geschrei über Verrat bei anderen Organisationen. Die Genossen wissen und könnten auch wissen, daß es keine größere Dummheit geben könnte, als seine Taktik vor der Zeit blozulegen, wodurch doch nur dem Schermschutzmacher Wasser auf die Mühlen geliefert würde.

Das ganze Geschrei dient nur dazu, um den freien Verbändlern, welche sich mit ihrer Bewegung in eine Sackgasse verannt haben, eine Rückzugsbrücke zu bauen. In Dresden, Braunschweig, Breslau u. a. haben sie schon zum Rückzug geblasen, die andern Stellen dienen vorläufig nur noch dazu, das Eisen warm zu halten, um dann später „großmächtig“ im letzten Moment ebenfalls zu kapitulieren. Aber auch, wenn eben möglich, die andern Organisationen für ihre Niederlage die Schuld aufzubürden, und als Blitzableiter zu benutzen. Diese Gefälligkeit tut ihnen nun die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht, sie sieht den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen, in dem Bewußtsein, daß für die Folgen allein die freie Verbändler verantwortlich sind. Die Forderung, welche zur Zeit im freien Lager besteht, beweist, daß die Situation dort ungünstlich wird und viele Mitglieder eine derartige Taktik dauernd mitzumachen nicht gewillt sind.

Nun bedürfen die Herren Genossen wieder das Geschimpfe auf die Christlichen, um mit dem Geschrei „Arbeiterverrat“ ihre gedankenlose Masse auf ein anderes Gebiet abzulenken.

Andererseits möchten wir unsern Kollegen dringend empfehlen, sich nicht durch das Geschrei der freien Verbändlern provozieren zu lassen.

Die Stellungnahme einzelner Ortsgruppen zur Taktik, d. h., was von Verbandswegen zu geschehen hat, halten wir für vollständig überflüssig. Dieses ist einzig Sache der Zentrale und diese schläft nicht, sie ist auf ihrem Posten, darüber dürfen sich die Kollegen beruhigen. Dinge, die als selbstverständlich gelten, brauchen auch in Resolutionen nicht festgelegt zu werden. Auch in der Taktik gilt das Wort: „Ede, so etwas tut man, aber man jagt es nicht.“ Daß die Kollegen und Ortsgruppen jetzt überall läßtich in Agitation eintreten und Versammlungen abhalten müssen, um die Fernstehenden heranzuziehen, ist selbstverständlich und bedarf wohl kaum noch eines besonderen Hinweis. Sollen hierbei Resolutionen gefaßt werden, so beschränke man sich auf einen Protest, 1. gegen das brutale Vorgehen der Arbeitgeber, welche ohne Rücksicht hunderttausende von Arbeitern auf die Straße setzen; des ferneren: 2. rage und sporne man zur Opferfreudigkeit an, um unsere im Kampfe stehenden und ausgesperrten Kollegen mit allen Kräften zu unterstützen und 3. richte man einen Apell an die der Organisation fernstehenden Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen. Jedes weitere Wort, was beschwichtigend, ist überflüssig und vom Uebel, welches mit dem Gegner Kagen bringt.

Einzelne Ortsgruppen aber, die in besonders schwierigen Situationen gelangen, müssen, ehe sie



wichtige Schritte unternehmen, vorher erst Rat und Auskunft bei der Zentrale einholen.

Jetzt in schwierigen Zeiten gilt es zu zeigen, daß Disziplin und gewerkschaftlicher Geist die Truppen beherrscht, und sie der Parole der Führer zu folgen gelernt haben. Steure ein jeder nach Kräften, dann wird unser Verband wie seither immer, mit Ehren und gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen. Tue ein jeder seine Pflicht.

### Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

Die Gesamtlage der englischen Arbeiter — in ihrer Wohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse durch persönliche Augencheinnahme Einblick zu gewinnen, ließ sich die Kommission in besonderer Weise angelegen sein, soweit es die beschränkte Zeit und Umstände es ermöglichen. Ueber ersteren Punkt sei daher zunächst einiges angeführt:

England besitzt zur Zeit zirka 43 Millionen Einwohner, welche sich vorwiegend in den Städten Industrie- und Handelsgebieten konzentrieren. Während bei uns in Deutschland noch bereits die Hälfte der Bevölkerung auf Land- und Forstwirtschaft entfällt — nach der Statistik vom Jahre 1900 25 734 103 Einwohner wohnen in Landgemeinden — entfallen in England nur zirka 3 Millionen auf die Landwirtschaft. Der Ackerbau ist fast vollständig verdrängt, nur Weideplätze mit Viehzucht sind vorwiegend vorhanden. Der Grund und Boden gehört zum größten Teil den Lords, die vor Zeiten die Landpächter vertrieben, um die profitablere Schafszucht einzuführen. Soweit das Auge reicht, selbst bei tagelanger Durchfahrt mit der Eisenbahn, nur ausgedehnte Heideflächen, die entweder mit Hecken oder Mauerwerk eingefriedigt sind, sodaß der Fremdling den Eindruck erhält, als sei das ganze Land in einen großen Schafstall umgewandelt. Die Höhenrücken der Berge sind nur wenig oder gar nicht mit Wald bewachsen, sondern bilden eine uneheliche Hohe. Ein Bauernstand wie in Deutschland findet sich nicht vor, ebensowenig ist das idyllische Bauerndorf anzutreffen; höchstens einzelne Formen. Der Gegensatz von Stadt und Land ist daher nicht oder wenig vorhanden.

Von den 43 Millionen Einwohner entfallen ca. 8 Millionen Arbeiter im Industrie, Handel und Gewerbe. Eine Anzahl, welche die der deutschen gleichkommt. Im allgemeinen darf wohl angenommen werden, daß die Lebenshaltung des Arbeiterstandes

bezüglich seines Einkommens etwas höher steht als in Deutschland. Besonders wenn man das Durchschnittseinkommen aller Arbeiter zur Grundlage nehmen wollte. Die Kaufkraft des Geldes für Lebensmittel bei den Marktpreisen dürfte wohl nicht geringer sein, als in Deutschland. Genussmittel wie Zigarren, Bier, Wein u. sind teurer. Dagegen Fleisch, besonders geringere Qualitäten, entschieden billiger. So konnte man in den Pramläden schon Fleisch ausgestellt sehen, zu 2 1/2 Pns. (12 Pns. sind 1 Schilling, gleich 1 Mark deutsches Geld.)

Es muß natürlich hervorgehoben werden, daß es importierte Ware ist, welche durch den Transport und Eisverpackung an Güte verloren hat.

Die Wohnungsmieten sind nicht teurer als in Deutschland, teilweise wohl billiger.

Beliebt ist in England noch sehr viel das Einfamilienhäuschen, selbst in großen Städten ist dasselbe sehr zahlreich anzutreffen, ganze Straßen und Stadtviertel sind noch damit angebaut.

Der Mietpreis beträgt von 3 bis 6 Schilling pro Woche, welches einem Mietpreis von 150 bis 300 Mark pro Jahr entspricht.

Dagegen sind die Wohnungen klein, die Häuschen äußerlich vielfach in einem verwahrlosten Zustande. Namentlich Manchester, der Hauptsitz der Textilindustrie bietet vorwiegend ein solches Bild, auch Birmingham, so daß die deutschen Arbeiterwohnungen sich gut dagegen sehen lassen können.

Der Engländer liebt das Einfamilienhaus nach dem Sprichwort: „Mein Haus ist meine Burg.“ Als wirtschaftlich vorteilhaft können wir es nicht bezeichnen, da bei solcher Bauart sich die Kosten verhältnismäßig höher stellen müssen.

Der englische Arbeiterstand tritt nicht als Ganzes auf wie bei uns in Deutschland. Das Arbeiterklassenbewußtsein, das den ganzen Stand umfaßt, es fehlt dort fast vollständig, er ist gespalten.

Auf der einen Seite stehen die „Aristokraten“ der Arbeit, die gelernten und festorganisierten hochbezahlten Arbeiter und das sind ungefähr 2 Millionen, auf der andern Seite die Ungelernten sehr schlecht bezahlten Arbeiter. 5—6 Millionen. Der vierte Stand hat einen fünften hervorgebracht, indem er nichts tat für seine ärmsten Brüder im Arbeiterstand. Ja, dieselben von sich abließ, ihnen den Zutritt zur Organisation unmöglich machte.

Bis in die neueste Zeit hinein haben nicht bloß die handwerksmäßigen Berufe, sondern auch die Industriearbeiter sich streng abgegrenzt. Die

Zahl der Lehrlinge wurde genau festgesetzt und beschränkt, damit ja der Nachwuchs im Beruf sich nicht allzusehr vermehre und dadurch die Löhne für die gelernten Arbeiter künstlich hinaufgedrückt wurden. Die Lehrzeit, welche in der Regel mit 16 Jahren beginnt, wurde auf 5 bis 6 Jahre festgesetzt, so daß ein junger Mann erst mit 21 bis 22 Jahren die Lehrzeit zurückgelegt hat. Selbstverständlich können nur Arbeiter in besseren Verhältnissen sich dieses erlauben, der schlechter gestellte Arbeiter muß eben Tagelöhner — Arbeiter zweiter Klasse bleiben. — Bei einigen Berufen hat sich in den letzten Jahren manches geändert, die Maschinenbauer z. B. nehmen jetzt auch diejenigen auf, welche als Maschinenarbeiter mindestens fünf Jahre im Berufe gearbeitet haben, auch wenn sie keine legale Lehrzeit bestanden haben. Im Maschinenbauergewerbe hält es wohl auch am schwersten dauernd die gelernten von den ungelerten Arbeitern zu trennen, da die Arbeitsteilung ungelere Fortschritte gemacht und ein allmählicher Aufstieg des ungelerten Arbeiters nicht verhindert werden konnte. Herr Barnes, der Führer des Verbandes, bekannte sich selbst als Gegner der Lehrbeschränkung, weil es Ungerechtigkeit erzeuge.

Ein anderer großer Mangel ist eine Art Zwitterwesenmeisterystem, was sich selbst in der Textilindustrie noch vorfindet, wo der gelernte Arbeiter den Ungelernten oder Gehilfen auszubenten in der Lage ist.

So fanden wir bei den Spinnern in Manchester, daß der eigentliche Spinner, der die Verantwortung über die Maschine zu tragen hat, zwei Hilfspersonen beschäftigt, welche von ihm bezahlt werden. In der Regel sind es Frauenpersonen, hier und da ist der erste Gehilfe wohl auch ein Mann. Der Spinner bezahlt nun dem ersten Gehilfen 17—21 Mark, dem zweiten 10 Mark, während er selbst einen Wochenlohn von 50 bis 60 Mark einheimt. Dieser Modus ist in der ganzen Spinnereindustrie eingeführt.

Im Bergbau fanden sich Beispiele vor, wo der Hauer 1 oder 2 Jungen mit in die Grube nimmt, die nur wenige Mark erhalten, ja teilweise nur vom Hauer Kost und Kleidung. Dieses betrifft junge Leute bis 18—19 Jahre. — In den Martinwerken fanden wir Löhne: erster Mann am Ofen 8 Pfd. gleich 160 Mark pro Woche; zweiter Mann 6 Pfd. gleich 120 Mark; dritter Mann 4 Pfd. gleich 80 Mark pro Woche. Am Raddelofen erhält der erste Mann pro Tonne 8 Mark, da zwei Tonnen als Normalleistung gilt, erhält derselbe 16 Mark, hiervon gibt derselbe dem zweiten Mann 4 Schilling 3 Pence,

### Sch. Ein Besuch der Ausstellung für Arbeiterschutz und Arbeiter-Wohlfahrt.

Die Durchführung des Arbeiterschutzes in Hygienischer wie Maschinentechnischer Beziehung ist in unserer sich immer mehr vervollkommenden Zeit, dank einer gut funktionierenden Gewerbe-Aufsicht sowohl als auch durch die Anregungen eines Teils unserer denkenden Arbeiterschaft auf eine respektable Höhe gebracht worden.

Allein die nimmer ruhende ständige Weiterentwicklung der Industrie und des Maschinenwesens mit ihrer rastlosen intensiven Tätigkeit des einzelnen Arbeiters verlangt auch, daß in ebenso gleicher Fortentwicklung jeweils die diesbezüglich besten und bewährtesten Ergebnisse der Technik als Mittel für Unfallverhütung Verwendung finden. Es ist nun natürlich Vorbedingung, daß die momentan für die verschiedensten Zweige der Industrie in Betracht kommenden Schutztechnischen und Hygienischen Einrichtungen in Arbeitgeber und Arbeitnehmerkreisen auch bekannt und sich von ihrem praktischen Wert und Wirkung überzeugt hat.

Zur Genugtuung darf wohl konstatiert werden, daß es gewiß eine große Zahl Unternehmer gibt, welche soziales Empfinden haben und ohne weiteres sich dementsprechend in ihren Betrieben einrichten und wieder andere sind auch gern bereit auf die gütliche Anregung von irgend einer Seite aus Verbesserungen und Einrichtungen in angeregtem Sinne in den Arbeitsräumen vorzunehmen. Die Fabrikinspektoren sind besonders angewiesen bei Neueinrichtungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes auf Anfragen in bereitwilligster Weise den betr. Interessenten mit Rat und Tat behilflich zu sein, um so jeweils das erfahrungsgemäß zweckdienlichste zur Anwendung zu bringen auch damit auch vor unnötigen Unkosten zu bewahren. Wie nun bereits erwähnt, ist die eigene Anschauung solcher Einrichtungen und ihre Wirkungen die geeignetste Anregung das Gesehene in eigenem Betriebe zu verwenden.

Diese Gelegenheit ist uns geboten und es bedarf nur, daß auch der ausgiebigste Gebrauch davon gemacht wird.

In Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11/12 ist am 18. Juni 1903 eine Ausstellung der Öffentlichkeit über-

geben worden, die für die deutsche Arbeiterschaft mit Recht das größte Interesse beanspruchen kann. Die Besucher werden dort stets das Neueste und erprobte Beste auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterwohlfahrt kennen lernen und es ist hier jedem intelligenten Kopfe Gelegenheit gegeben, das Produkt seines Genies auf diesbez. Gebiet zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft in der dankbarsten Weise zu verwenden. Es muß hier bemerkt werden, daß alle Objekte grundsätzlich rückforderndes Eigentum der Aussteller bleiben. Die Ausstellung hat ihre Entstehung zunächst im Anschluß der Hygiene-Ausstellung v. Jahre 1883 sowie der deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung v. Jahre 1889 zu suchen und darf dem Grafen Pobjadowski-Wehner rühmlichst nachgesagt werden, daß er sofort nach seiner Berufung zum Staatssekretär in richtiger Erkenntnis der sozialen Bedeutung einer ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt den Gedanken angeregt und die Gründung einer Reichsinstitution mit aller Intensivität betrieben hat. Selbstverständlich waren auch noch andere hervorragende Männer wie: Handelsminister Müller, der verstorbene Kommerzienrat Köstler, Dr. Gize, Freiherr von Stumm usw. eifrige Befürworter dieses Planes. Der verdienstvolle Leiter der Ausstellung ist Herr Geheimrat Regierungsrat Berner. Geheimrat Regierungsrat Professor Hartmann hatte die Organisation der Abteilung für Unfallverhütung übernommen, da er auf diesem Gebiete auf Grund seiner auf mehreren Ausstellungen gesammelten reichen Erfahrungen besonders geeignet ist. Der auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt bestens bekannte Professor Dr. Albrecht wurde mit der Organisation der Abteilung für Gewerbehygiene betraut. Die vorbezeichneten Namen bürgen auch voll und ganz dafür, daß diese vom Reiche geleitete von Erfindern und Fabrikanten veranstaltete Ausstellung nach dem Sinne Pobjadowskis in seiner Ansprache im Reichstag kein Museum toter Gegenstände sein sollte, sondern ein Museum, in welchem, wenn irgend möglich die Maschinen in natürlicher Größe und im Betriebe vorgeführt werden, da Modelle doch niemals vollen Ersatz zum richtigen Verständnis bieten können. Ältere Systeme sollen stets dem Neueren den Platz räumen, damit die Ausstellung stets mit der Entwicklung des

praktischen Lebens gleichen Schritt halten kann. Es muß unumwunden anerkannt werden, daß dieser hier ausgesprochene Gedanke in seiner Wirklichkeit den Reiz des Neuen und eigenartigen in sich trägt.

Um mit den Ausstellungsobjekten etwas näher bekannt zu werden ist es notwendig, daß wir im Geiste einen Rundgang durch das Museum vornehmen, der nur dazu dienen soll, wenigstens etwas Orientierung zu verschaffen und die Anregung zu geben bei eventl. Besuchen in Berlin-Charlottenburg wenn irgend möglich, dem Museum einige Stunden zu widmen.

Es sind auch schon von der Badischen und Sächsischen Regierung Arbeiterreisen größeren Umfangs zum Studium dieser Ausstellung unter Führung der zuständigen Fabrikinspektoren unternommen worden und nach den Berichten mit vollem Erfolg gekrönt worden. Die vorher vielfach laut gewordene Befürchtung, die Arbeiter könnten durch den Besuch unzufrieden und zu anspruchsvoll werden, wurde von jener Seite nachher als völlig unzutreffend bezeichnet. Mögen andere Regierungen und Verbände dies in ähnlicher Weise nachahmen.

Werden wir uns zunächst der Abteilung für Unfallverhütung zu, hier wird uns sofort bei den meist durch Elektromotore getriebenen Maschinen allgemein in die Augen fallen, daß die für den Schutz der Arbeiter angebrachten Vorrichtungen rot und die für Staubabfuhrung bestimmten Einrichtungen blau gestrichen sind, hieraus wird jedem Besucher sofort der Zweck der betr. Einrichtungen klar vor Augen geführt. Zuerst werden wir mit einer größeren Zahl Landwirtschaftl. Maschinen und Geräte bekannt, wie Dreschmaschinen, Sädelmaschinen, Eggen, Mähmaschinen usw., die dem hierin unbekanntem Industriearbeiter zeigen, mit welchen Hilfsmitteln eine rationell betriebene Landwirtschaft arbeitet. Für die Textilarbeiter ist eine Erneuerung an Webstühlen von großem Wert, die ein Herauspringen des Webstuhles verhindern und eine Unfallgefahr beseitigen. Ein Wäscheplapparat ist so konstruiert, daß es unmöglich ist in Betrieb den Deckel des Apparates aufzumachen, um so ein etwaiges, sehr gefährvolles Hineingreifen zwischen die Wandung und rotierende Trommel zu verhindern. Auch bei einer Teignet und Mischmaschine ist die Einrichtung des Schutzdeckels so ange-



gleich 4 Mark 25 Pfg. Nun ist ja bekannt, daß der zweite Mann am Buddelofen mindestens so hart arbeiten muß wie der erste.

Am Hochofen verdienen die eigentlichen Dienstleute an der Gicht, die Füller, am Wüstich etc., 8 bis 10 Mark pro Tag, dagegen werden die Hilfsarbeiter mit 3 Schilling pro Tag abgepeist; letztere werden auch nicht zur Organisation zugelassen, trotzdem nicht behauptet werden kann, daß die Hochofenarbeit zu den eigentlich gelehrten Berufen gezählt werden kann. Das gleiche ist in den Walzwerken zu verzeichnen, die ersten Leute erworm hohe Löhne, die zu den anderen in keinem Verhältnis stehen.

Die Folgen dieses Systems haben sich in England in übler Weise bemerkbar gemacht. So hoch die bestgestellten Arbeiter stehen, so tief stehen die anderen. In keiner Stadt Deutschlands, sind uns so viele schmutzige, abgehärmte, zerlumpte Frauen und Kindergestalten entgegengelommen, besonders in den Textilbezirken; vor allem in Manchester. Hinzukommt, daß auch die Frauen vielfach dem Trunke ergeben sind. Hier treten doch die deutschen Verhältnisse in angenehmen Gegensatz, besonders die Wohlthaten der Arbeiterversicherung bei Krankheit, Unfall und Invalidität.

Die besserbezahlten Arbeiter versichern sich in ihren Gewerkschaften und können deshalb allen Eventualitäten mit Ruhe entgegen sehen; nicht aber die große Masse der ungelerten und unorganisierten Arbeiter.

Gesetzliche Arbeiterversicherung gibt es in England nicht. Wird nun der niedrig gelohnte Arbeiter krank oder Invalide, so muß er sofort dem Elend verfallen. Diesem Umstand ist wohl ein großer Teil der Schuld beizumessen, daß viele Arbeiterfamilien in oben geschilderten Verhältnissen dahinsinken.

Aber noch ein anderer Umstand dürfte zu den jetzigen Verhältnissen beitragen. Kein Volk, das auf solcher Kulturhöhe steht, hat in geistiger Beziehung so viel an dem Arbeiterstand gesündigt, wie das Englische. Bis zum Jahre 1870 bestand kein Zwang gesetzlicher Bestimmungen für allgemeine Volksschule und Elementarunterricht, sondern war dem freien Schulwesen überantwortet. Noch in den Jahren 1840 wurde festgestellt, daß drei Fünftel aller Kinder zwischen 5 bis 14 Jahren überhaupt kein Schulunterricht erhielt. Zieht man in Betracht, daß die Höheren und Bürgerklassen, selbstverständlich ihre Jugend nicht

blos Elementar- sondern auch höhere Schulbildung gab, so ist wohl die Ziffer nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, daß  $\frac{3}{4}$  des ganzen Arbeiterstandes absolut keine Schulbildung genossen hat, sondern Aufwuchs wie die Zulus in Afrika; die Hälfte aller Erwachsenen nicht einmal ihren Namen schreiben konnten. Im Jahre 1843 erklärte noch ein Fabrikinspektor, daß in einem Bezirk Oldham mit über 100 000 Einwohnern nicht eine einzige Volksschule vorhanden war.

In Manchester wurde nachgewiesen, daß von 7000 Kindern, welchen ein Zeugnis über Schulbesuch ausgestellt war, davon trotzdem 4500 nie eine Schule besucht hatten. Im Jahre 1888 mußte vom Unterrichtsamt noch festgestellt werden, daß von 100 Kindern 65 bereits mit dem elften Jahre keine Schule mehr besuchten. Zu derselben Zeit noch soll nach den gleichen Berichten  $\frac{1}{4}$  aller Kinder gar keine Schule besucht haben. Daß aber eine Bevölkerungsklasse die gar keinen oder nur sehr mangelhaften Schulunterricht genossen hat, nur wenig moralische und geistige Kraft in sich fühlt, sich emporzuarbeiten den Hohn verleierte und sich als Ausbeutungsobjekt hingibt, bedarf keines näheren Beweises.

Noch ein Umstand bedarf der Erwähnung, das ist die Kinderausbeutung, wie sie in England bis fast zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts betrieben wurde, die an Grausamkeit dem Sklavenleben nichts nachstand, deren Folgen sich heute noch bemerkbar machen. Kinder von 3 und 4 Jahren ab wurden schon in Fabriken und Bergwerken beschäftigt. Die regelmäßige Anstellung und Beschäftigung der Kinder erfolgte schon mit 7 und 8 Jahren, dabei dauerte die Arbeitszeit 11, 12, 13, und 14 Stunden; ja sogar Nachtarbeit für Kinder war gewöhnlich. In welcher grausamer Art die ermüdeten Kinder zur Arbeit angetrieben wurden, erhellt aus Feststellungen von Zeugnisaussagen jener Zeitgenossen. Es heißt dort: „Alle Kinder werden geschlagen, Mädchen wie Knaben, am meisten, wenn sie am müdesten sind. Ohne Schlagen können sie nicht wach erhalten werden. Es ist ein System des ununterbrochenen Schlagens. Sie werden meistens mit Lederriemen geschlagen und getreten. Sie werden geschlagen trotzdem und weil sie um Gnade flehen. Kinder wurden so auf den Boden geschoben, daß die Kniescheiben zerbrachen, nicht aufstehen konnten und wurden unmenssächlich weiter geschlagen; sie blieben ein Krüppel, der Fabrikant gibt ihnen nichts.“

Der Aufseher, der geschlagen, wird nicht bestraft, sondern befördert. Eine Anzahl Kinder sind in Folge der Schläge gestorben. Ein Mädchen starb durch einen Stich in den Kopf; es wurde keine Untersuchung veranlaßt. Ein anderer Zeuge belundete:

Die Kinder waren nicht im Stande, ihre Arbeit gegen das Ende der langen Arbeitszeit gut zu verrichten. Sie wurden durch Schläge aufgeweckt und wach erhalten, damit sie nicht entweichen konnten, wurden sie eingeschlossen. Auch während der Mittagszeit und bei Nacht. Sie wurden zur Arbeit hin und zurückgeführt und auch sonst unter Verhluß gehalten. Die Fenster der Gefasse, worin sie schliefen, hatten eiserne Läden, sodasß sie nicht entweichen konnten.

Am Sonntag durften sie weder die Kirche besuchen noch die Arbeitsstätte verlassen. Vielfach wurden nicht einmal die Geschlechter getrennt.

Wenn es trotzdem einem gelang, zu entweichen, so wurden sie mit Reitern zu Pferde eingeholt, zurückgebracht und dann hart mit der Peitsche geschlagen. Zuweilen stieß sie der „Herr“ Fabrikant auf den Fußboden und schlug sie mit Händen und Füßen.

Um die Arbeiter zurückzuhalten, wurden auch die Kleider verschlossen, Arbeitsverträge wurden, bis 5 Jahre abgeschlossen. An einer andern Stelle wurde von Zeugen festgestellt, daß die Kinderarbeit schon um 5 Uhr morgens begann und des Abends um 9 Uhr endigte; dabei schlechte Räume, schlechte Luft, schlechtes Essen, keine Ruhepausen, nur Mittags 40 Minuten.

Der Kosten wegen wurden nicht gerne Knaben über 14 Jahren und lieber Mädchen als Knaben beschäftigt.

Von den Bergwerken wurde vielfach festgestellt, daß die hauer Kinder und junge Leute ebenfalls hart und grausam behandelt und die Vorgesetzten, welche darum mußten, taten nichts, es zu verhindern. Am schlimmsten war die Kinderausbeutung in der Textilindustrie.

Dastler, ein Kämpfer und Streiter für die Arbeiterrechte und Arbeiterschutz damaliger Zeit, schrieb in seinem berühmten „Sklavereibriefe“:

„Tausende unserer Mitbürger und Mitbürger, Frauen und Männer, die elenden Bewohner von Yorkshire, sind im gegenwärtigen Augenblick in einem Stande von Sklaverei der schrecklicher ist, als die Kolonialsklaverei. Diese unschuldigen Geschöpfe verbringen ihr elendes Leben unbenützt in einem

## Kollegen! gedenket der ausgesperrten Mitglieder unseres Verbandes!

bracht, daß derselbe erst beim Stillstehen der Schaufeln geöffnet werden kann und nur bei völlig geschlossenem Deckel kommt der Antriebsmechanismus in Tätigkeit. Ebenso sinnreich wie bei beiden letzten Maschinen ist auch die Schutzvorrichtung bei einer Teigwalzmachine, die ein Hineingelangen der Hände in die Walzen dadurch verhindert, daß auf der Einlaufseite des Teiges ein Schutzgitter nur den Durchgang des Teiges zuläßt und ein Nachschieben der Hände unmöglich macht. Die Maschine ist für Vor- und Rücklauf eingerichtet. Zum Schutze gegen etwaiges Hineingreifen beim Heraus- oder Herunterstellen der Frähschindel an den Fräsmaschinen ist diese mit einer Schutzhaube aus gelochtem Blech versehen. Der Fräser selbst wird durch eine durchbrochene Schutzscheibe beim Fräsen von geschweiften Hölzern abgedeckt, ohne daß dies die Beobachtung des Arbeitsstückes hindert. Wand- und Kreisfräsen sind so eingerichtet, daß sich ein Schutzgitter beim Vorstoßen des Holzes nur in Holzstärke hebt und nach der Benutzung wieder herunterfällt. Eine Pendelkreissäge ist vollständig mit einer Schutzhaube versehen, die sich beim Gebrauch zurückzieht. Zum Schutze bei Hobelmaschinen ist über den Messern ein sich jeweils in Holzstärke hebende Schutzbrücke angebracht.

Die Schmirgelschleifmaschinen sind mit Schutzhauben aus wellenförmig gebogenem Bandblech derart eingerichtet, daß beim etwaigen Zerplatzen des Steines ein Fortschleudern der Stücke und Unfallgefahr beseitigt wird. Die Hauben sind nach der Größe verstellbar. Die Firma Henkels-Solingen hat im Modell eine zweistöckige Werkstatteneinrichtung mit den nötigen Schutzvorrichtungen und Staubabjaugungsanlagen, auf die wir später in der hygienischen Abteilung noch zurückkommen, ausgestellt. Die Miniaturwerkstätten sind im Betriebe zu sehen und dadurch besonders ansprechend. Eine ganze Reihe von Stanzen und Pressen für die verschiedensten Zwecke für Hand-, Fuß- und Kraftbetrieb sind so eingerichtet, daß der Arbeiter in dem Moment der Unfallmöglichkeit durch geeignete Vorrichtung geschützt ist. Da diese Vorrichtung von großer Einfachheit ist, hat sie schon allgemeine Anerkennung gefunden. Die Sicherheits-

schrotleiter ermöglicht ein gefahrloseres Verladen von schweren Fässern und Kisten und ist hierbei ein schnelles Abrollen der Lasten fast unmöglich. Eine einfache praktische Einrichtung sehen wir in einem drehbaren Wandkrane zum Heben von Schmelzriegeln. Der Arbeiter ist hierbei mehr von der ausstrahlenden Hitze und dem ausfließenden Metall geschützt, da die Tätigkeit aus einiger Entfernung geschehen kann.

Die ausgestellte Sicherheitswinde für Handbetrieb hat den Zweck, daß bei den gewöhnlichen Winden beim Loslassen der Kurbel und bei nicht rechtzeitiger Bedienung des Sperrwerkes entstehende gefährliche Umhererschleudern der Kurbel zu verhindern. Um die Last zu senken, genügt ein leichter, rückwärts auf die Kurbel ausgeübter Druck. Eine patentierte Bremsvorrichtung für Personenaufzüge zeigt, daß auch bei etwaigem Reißen des Drahtseiles der Fahrstuhl sich in einem Zahngetriebe in beruhigender langsamer Weise senkt. Die Steinrutsche, welche bei Gebäudeabbrüchen in Anwendung kommt, bezweckt ein bequemes Herausnehmen der Steine ohne von dem nachfolgenden herabkommenden Steine gefährdet zu werden. Im Modell sehen wir eine Drehvorrichtung zum gefahrlosen Ingangsetzen von Explosionsmaschinen, sowie ein Motorschwungrad mit Umwehrring und Bremse. Weiterhin werden wir mit einer modernen Dampfkeßelanlage und ihren verschiedenen Sicherheitsventilen bekannt. Die Feststellvorrichtung eines Muldenkippers dient zum gefahrlosen Verladen und Entleeren von gewalztem Material. Die mechanische Schuttverladevorrichtung veranschaulicht eine Einrichtung zur Anjammung deraus der Feuerrampe, dem Ofen und Kessel entfernten Asche und Schlacken und deren Einfüllung in die Eisenbahnwagen.

Ein im Modell ausgestellter Warmofen schützt durch seine Vorrichtungen den hierbei beschäftigten Arbeiter vor den aus den Türöffnungen schlagenden Gasen. Bei einer Kupolofenanlage wird durch Anwendung von Dunkelkammern der Arbeiter vor Flammen und Auswurf geschützt. Sehr praktisch erscheint eine Riemenspannvorrichtung, wodurch ohne Stillstehen des Motors die Riemen gefahrlos ab- und aufgelegt und wieder gespannt werden können. Lose angebrachte

Transmissionshülsen verhindern das Leiden noch so viel vorkommende Hängenbleiben mit den Kleidern die hierdurch entstehenden schrecklichen Unglücksfälle. Weiterhin ist eine Unmasse der verschiedensten Schutzbrillen, Gesichtsmasken und Respiratoren ausgestellt, über deren vollkommenen Zweck geteilte Meinung herrscht, da etwas Ideales auf diesem Gebiet noch fehlt. Durch eine größere Zahl von Modellen werden wir mit Einrichtungen bekannt, wie sie ein rationeller Betrieb in unserer heutigen, technisch so hochentwickelten Zeit erfordert, wie z. B. im Bergbau- und Hüttenbetrieb.

Sehr interessante Sachen sind für die Seereschiffahrt ausgestellt. So hat der Norddeutsche Lloyd in Bremen eine hydraulische Schottentürschließe vorrichtung ausgestellt. Die Sicherheit der Seeschiffe beruht im Falle einer erheblichen Verletzung des Schiffskörpers in erster Linie auf einem guten, zuverlässigen Schottensystem. Das ausgestellte System ist mit drei wasserdichten Türen in natürlicher Größe ausgerüstet und zeigt bei der Inbetriebsetzung, wie die Türen sowohl einzeln am Dreieck ihre Auslösung als auch gemeinsam von der Kommandobrücke aus geöffnet und geschlossen werden können. Zur Schließung der Schotten sind ca. 12—15 Sekunden nötig. Die Leute werden durch Alarmeignale elektrischer Glocken von der Schließung der Türen in Kenntnis gesetzt. Den gleichen Zweck hat der automatisch wirkende Schottenverschluss, in diesem Falle werden durch das Eindringen des Wassers die Türen zum Fallen gebracht. Das Modell eines See-Pumpenbagers dient zur Sicherung der Schiffsahrt. In ganz vorzüglicher Weise sind im Modell die Dampfer Osius und Tunis und die Doppelschraubendampfer Blücher und Moltke mit ihren ganzen Einrichtungen dargestellt. In natürlicher Größe sehen wir ein wirkliches Rettungsboot, Wurfgeschütze, Wurfgewehre, selbsttätige Rettungsboje und Nachrettungsboje mit chemischem Befeuchtungskörper. Dieser Teil ist einer der Sehenswertesten der ganzen Ausstellung.

(Schluß folgt.)



st, in welcher berühmt ist, für seinen religiösen  
 fer, in einem Ort, in welchem das Antislavery-  
 aber am stärksten herrscht und dessen scheinbare  
 Müßigkeit auf Erden ebenso bewundert wie seine  
 püchliche Grausamkeit im Himmel verabscheut wird.  
 Dieselben Straßen, die von der Antislavery-  
 gesellschaft betreten werden, sind jeden Morgen naß  
 von den Tränen der unschuldigen Opfer an dem ver-  
 suchten Schmeiße des Geizes, die nicht gezwungen  
 sind, durch die Peitsche des Negeraufsehers, aber durch  
 die ebenso starke Furcht vor der Peitsche des Fabrik-  
 aufsehers, halb gelleidet, aber nicht einmal halb  
 gehöhrt zu dem Magazin der britischen Kinderklo-  
 nere zu eilen, den Fabriken in der Stadt und Nach-  
 barschaft von Bradford.

Arme Kinder! — ihr seid wahrhaftig an dem  
 Schmeiße des Geizes gewasert, ohne auch nur den  
 Kost des Regers zu haben. Ihr seid nicht freier  
 als er, denn ihr müßt so lange arbeiten, wie die  
 Notwendigkeit eurer bedürftigen Eltern, oder der kalt-  
 herzige Geiz eurer barbarischen Herren es bean-  
 sprucht. Ihr lebt in dem Lande, das sich seiner Frei-  
 heit rühmt, ihr fühlt und trauert, daß ihr Sklaven  
 seid. Und an die Arbeiter richtete derselbe die Auf-  
 forderung:

„Beruft öffentliche Versammlungen ein und ver-  
 tretet die Sache der armen Kinder; schildert die Ent-  
 schuldlichkeit des Fabriksystems, bereitet Bittschriften an  
 das Parlament vor, bittet sie, in der geheiligten  
 Sache der leidenden Menschheit einzugreifen. Ge-  
 braucht bei jeder Wahl euren Einfluß um die Wahl  
 aller berer zu verhindern, deren Gott das Geld ist  
 und deren Politik der Untergang, die Entwürdigung  
 und die Ausrottung der Armen ist. Man möge  
 sagen was man wolle, es bleibt eine abscheuliche  
 Tyrannei, die unter dem Namen der Freiheit an  
 den schwächsten und unschuldigsten und unterwürfig-  
 sten Sklaven verübt wird.“

Dieser empörende Sämerzschrei eines füh-  
 lenden Mannes gibt einen Einblick, was die eng-  
 lische Arbeiterchaft noch vor einem halben Jahr-  
 hundert gelitten hat.

Es war wirklich eine Riesnarbeit der eng-  
 lischen Arbeiterchaft und ihrer Freunde, gegen die-  
 sen Dämon anzukämpfen und sich empor zu arbei-  
 ten. Das Vorstehende ist nur eine kleine Auslese  
 von Schilderungen über die Leidensgeschichte des  
 englischen Arbeiterstandes, in der Vergangenheit  
 oder genügend, um einen Einblick zu erhalten.

Daß eine Arbeiterchaft, die unter solchen Zu-  
 ständen zu leiden hatte, physisch, geistig und mo-  
 ralisch zu Grunde gehen kann, ist nicht ihre Schuld.

Angelegt werden muß der Kapitalismus, die  
 Habgier, aber auch die Nation, die solche furcht-  
 baren Zustände zuließ. Die heutige Generation lei-  
 det noch unter den Sünden welche die Vergangen-  
 heit an ihren Vätern und Müttern verschuldet hat.

Dieses vor allem muß man sich vergegenwärti-  
 gen, wenn man die Verhältnisse, wie sie sich bei  
 einem Teil der untersten Schichten des Arbeiter-  
 standes in England noch vorfinden, verstehen und  
 begreifen will. Ausbeutung, physische Degeneration,  
 Mangel an Schulung und Erziehung waren die  
 Ursachen.

**Vom schweizerischen Bruderverband.**

Am Sonntag, den 13. Mai hielt derselbe im  
 herrlichen Anstalten (Zürich) seinen diesjährigen  
 Delegiertenkongress ab. Aus dem Jahresbericht ist zu  
 entnehmen, daß der Verband gute Fortschritte gemacht  
 die Zahl seiner Mitglieder innerhalb 5 Monate ver-  
 doppelt hat und die Ortsgruppe (Sektionen) um 8  
 erhöht sind. Nach dem Massenbericht, der auf eine  
 gute Verwaltung schließen ließ, ist auch die finan-  
 zielle Seite des Verbandes eine gute.

Die Verhandlungen nahmen im großen ganzen  
 einen stottern Verlauf. Bei der Frage der Beitrags-  
 erhöhung konnte man die Wahrnehmung machen, daß  
 die Kollegen in der Schweiz noch nicht recht arbeiten  
 wollten.

Kollegen, welche so an der Freiheit hängen, wie  
 die Schweizer, denen kann und ist das Opfer einer  
 Beitragserhöhung nicht zu viel. Von der Praxis der  
 Genossen in der Schweiz wurden ganz nette Dinge  
 mitgeteilt. So schloffen sie in Baden (Schweiz) bei  
 einer Fabrikversammlung den Saal ab. Es durfte  
 kein Unorganisiertes hinaus, bevor er sich nicht ein-  
 gezeichnet habe in den sozialistischen Verband.

„Es lebe die Freiheit.“  
 Mit Rücksicht auf den wohen Terrorismus der  
 Genossen verlangten einige Delegierten von der Re-  
 daktion des christl. Gewerkschaftsblattes eine scharfe  
 Abwehr und öffentliche Kennzeichnung der Genossen-  
 schaft.

Als Gast wohnte den Verhandlungen Bezirks-  
 leiter unseres Verbandes, Kollosrath, bei, welchem frei-  
 mützig gestattet wurde, seine Erfahrungen bei den ein-  
 zelnen Punkten darzulegen. Auch wurde die Frage  
 eines Kartellvertrages mit unserem Verband erörtert  
 und empfohlen. — Wir wünschen unserem schwei-  
 zerischen Bruderverband eine weitere kräftige Ent-  
 wicklung.

**Revolution im freien Metallarbeiter-  
 verband.**

Die Taktik obigen Verbandes scheint jetzt auch  
 bei einem großen Teile seiner Mitglieder verur-  
 teilt zu werden, besonders das unfehlige Vorgehen  
 bei der Meiseier hat in Berlin vielfach Unwohl-  
 erregt. Auch mit den Kohrlegern in Berlin ist  
 Streit ausgebrochen; letztere wollen nun aus dem  
 Verbands austreten und einen eigenen Verband  
 gründen. Hierüber berichtet das „Reich“:

Auflösung des Metallarbeiter-  
 in Sicht? In eine kritische Situation ist der  
 Deutsche Metallarbeiterverband, die größte Ber-  
 liner Gewerkschaftsorganisation geraten. Massen-  
 austritte sind infolge der verunglückten Meiseier  
 im Betriebe der A. E. G. in Berlin, sowie  
 in Ober-Schöneweide, erfolgt. Außerdem schwebt  
 gegen zahlreiche Mitglieder das Ausschlussver-  
 fahren, wegen Nichtbeachtung der Meiseierbe-  
 schlüsse. Nun haben die Kohrleger ebenfalls dem  
 Verband die Freundschaft gekündigt. Sie wollen sich  
 isolieren. Damit wäre das Signal zu einer Auf-  
 lösung des Verbandes, der heute fast alle Grup-  
 pen des Metallgewerbes umfaßt, gegeben. Die in  
 der letzten Versammlung der Kohrleger und Hel-  
 ser in Vorschlag gebrachte Resolution, über die  
 in der nächsten Versammlung abgestimmt wer-  
 den soll, hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von  
 dem Stand der Differenzen zwischen der Ber-  
 liner Ortsverwaltung des Metallarbeiterver-  
 bandes und unserer Branche und beschließt:  
 In anbetraht der Tatsache, daß die Verbands-  
 instanz des Deutschen Metallarbeiterverbandes  
 fortgesetzt parteilich gegen uns handelt,  
 und seit dem 30. März 1906 für unsere Branche  
 ein förmliches Ausnahmegesetz besteht, ferner,  
 daß der Bevollmächtigte Cohen, trotzdem er wie-  
 derholt öffentlich als notorischer Schwindler fest-  
 genogelt ist, noch heute mit Zustimmung der Ver-  
 waltung in seinem Amte ist — mit kurzen Wor-  
 ten, daß, wie wir erfahren haben, Gerechtig-  
 keit und Wahrheit keine Stätte in der Berliner  
 Ortsverwaltung mehr haben, so beauftragen  
 wir unsere Auftragskommission, die Vorarbeiten  
 zur Gründung eines neuen Metallarbeiterver-  
 bandes mit dem Sitz in Berlin in die Wege zu  
 leiten. Das Resultat ist spätestens in vier Wo-  
 chen einer Versammlung zur endgültigen Be-  
 schlussfassung vorzulegen.“

Daß eigene Genossen und Verbandsmitglieder  
 dem Leiter der Berliner Verwaltungsstelle des Me-  
 tallarbeiterverbandes von 50 bis 60000 Mitglie-  
 dern, nachsagen, daß er wiederholt öffentlich als  
 notorischer Schwindler festgenogelt worden, läßt tief  
 blicken über die Zustände im freien Metallarbeiter-  
 verband.

Auch mit der Berliner sozial. Parteileitung  
 ist Herr Cohen wegen der Meiseier in Streit geraten.  
 In einer fünf Stunden langen Versammlung haben  
 die Herren sich gegenseitig mit Siebenswürdigkeiten  
 überhäuft. Es wurde Cohen vorgeworfen, daß er  
 den Konflikt vom Zaune gehoben habe, daß von  
 dem Leiter einer großen Organisation verlangt wer-  
 den könne, daß er Verantwortlichkeit im Leide habe.  
 Auch wurde es getadelt, daß Cohen jetzt so radikal  
 den Ausschluß der Nichtfeindenden aus der Partei ver-  
 lange. Ein anderer Partei-Medner sagte: „Was sei  
 das für ein Gewerkschaftsführer, der da sage: macht  
 was ihr wollt, ich lehne die Verantwortung ab.“  
 Wenn Cohen aber gestellt und zur Rechenschaft ge-  
 zogen werde, so sehe er sich schon im Geiste an  
 Parteigalgen baumeln und spekuliere auf die Trä-  
 nendrüsen der Anwesenden.

Trotz dieser Untrugkeiten gingen die Herren nach  
 fünfständiger schwerer Arbeit auseinander, wie der  
 Vorwärts berichtet, ohne Beschlüsse oder Resolu-  
 tionen gefaßt zu haben. — Die Firma Cohen und  
 die Firma Singer werden sich schon einander zu  
 töten wissen, ohne daß Cohen ein Haar gekrümmt  
 wird, denn „Israel“ führt das Regiment bei den  
 Medikalinski. Wie lange werden sich die Metall-  
 arbeiter noch von dieser Gesellschaft am Narrenseil  
 führen lassen?

**Sozialdemokratische Noheiten!**

Der Kampf gegen die christlichen Arbeiter und  
 deren Organisationen wird von den Sozialdemokra-  
 ten fortwährend mit den niedrigsten Mitteln geführt.  
 Von der Verkommenheit im roten Gewerkschaftslager  
 zeugt wiederum ein Vorkommnis in Mülheim am  
 Rhein.

Bei der Firma Wönggen (Eisengießerei) trat am  
 11. Mai ein christlich organisierter Former in Ar-  
 beit. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Me-  
 tallarbeiterverbandes versuchten, den christlichen Kol-  
 legen zum Uebertritt in den „freien“ Verband zu  
 bewegen. Als alle Versöhnungen und Chikanierun-  
 gen nichts fruchteten, drohten die „Genossen“ den  
 christlichen Former: „man würde ihm die Knochen  
 kaputt schlagen, wenn er nicht zum freien Verbande  
 übertrete.“ Der Former B., ein besonders „ziel-  
 wußter“ Genosse erklärte am Freitag, den 19. Mai,  
 dem Christlichen: „Noch drei Tage geben wir dir  
 Zeit, tritts du dann nicht zu uns über, dann hauen  
 wir dich die Knochen kaputt.“

Die fortgesetzten Belästigungen und Drohungen  
 veranlaßten den Arbeitgeber L. den „Hauptthelden“  
 zu entlassen.

Am Montag, den 20. Mai nun wurde der christ-  
 liche Arbeiter von den „Genossen“ mit Füßen ge-  
 treten und ins Gesicht geschlagen, daß ihn der Mund  
 blutete. Ein anderer nichtsozialdemokratischer Ar-  
 beiter wurde ebenfalls schwer mißhandelt. Hierauf  
 hat die Firma sämtliche dem sozialdemokratischen  
 Metallarbeiterverbände angehörige Arbeiter ent-  
 lassen.

Diese bodenlose Noheiten haben für die betrei-  
 ligten Genossen noch ein gerichtliches Nachspiel. Die  
 christliche Arbeiterchaft wird jetzt zeigen müssen, daß  
 sie mit aller Energie ihre Rechte wahrzunehmen weiß.

Mehr wie je gilt heute der Ruf an die christ-  
 lichen Arbeiter: schließt euch dem christlichen Metall-  
 arbeiterverbände an, wollt ihr euch noch länger  
 von dieser rohen sozial. Gesellschaft unterdrücken  
 und beschimpfen lassen? Nein und tausendmal nein.  
 Deshalb hinweg mit der feigen Hasenfurcht, frei  
 und offen eingetreten für eure Sache.

**Hirsch-Dunckerisches.**

Die „Westdeutsche Abendpost“, das Organ der  
 Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine druckt nachstehende  
 Entschlichung des Generalrates ab.

Der bleiche Schrecken oder das Herz in  
 den Hosen.

Berlin, 21. Mai. Der Generalrat des  
 Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau-  
 und Metallarbeiter sieht sich durch eine in der Ver-  
 sammlung des Ortsvereins Düsseldorf am Frei-  
 tag gefaßte und in der Presse verbreitete Reso-  
 lution, welche zu der geplanten großen Aus-  
 scheidung in der Metallindustrie Stellung nimmt,  
 veranlaßt, die Erklärung abzugeben, daß der  
 Generalrat des Gewerksvereins der deutschen Ma-  
 schinenbau- und Metallarbeiter nach wie vor jede  
 Solidarität mit dem deutschen Metallarbeiterver-  
 band für alle aus der jetzigen Bewegung der  
 Former entstehenden Folgen ablehnt.

Schärfer können die Gegensätze kaum inner-  
 halb einer lokalen und einer zentralen Verwaltung  
 hervortreten, bleiben solche Gegensätze weiter be-  
 stehen, so wird sich auch hier das Wort erfüllen:  
 „Das Reich, das in sich uneins ist, wird  
 zerfallen!“

**Der Brotkorb wird höher gehängt.**

Im Kampfe mit den gegnerischen Arbeiterorga-  
 nisationen ist es stets ein beliebter Trick der sozial-  
 demokratischen Partei- und Gewerkschaftsagitatoren  
 wie auch der Presse gewesen, an die niedrigen In-  
 stinkte zu agitieren, wobei namentlich über die Füh-  
 rer der christlichen Gewerkschaften hergefallen wurde,  
 nach dem bekannten Grundsätze des verstorbenen  
 Führers Möller vom sozialdemokratischen Bergar-  
 beiterverband: „Der Masse zu schmeicheln  
 und die Führer vor den Bock zu treten.“  
 Um diesen Zweck zu erreichen, wurde nur zu oft  
 von hohen Gehältern der freigestellten Beamten  
 gefaselt um dadurch den Meid in der Arbeiterchaft  
 zu entfachen. Wir erinnern z. B. nur daran, wie  
 man mit konstanter Bosheit in der sozialdemokrat.  
 Gewerkschafts- und Parteipresse dem früheren Vor-  
 sitzenden des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter  
 Kollegen Brust ein viel höheres Gehalt andichtete  
 als er tatsächlich bezog und jetzt noch fortgesetzt auf  
 seinem Pensionsgehalt herumreitet.



Die Frucht dieser strupeligen Agitation hat weniger bei der christlichen Arbeiterchaft, weit mehr aber bei den eigenen Gewissen ihre Früchte gezeitigt. Und dies erst recht, nachdem auch die sozialdemokratischen Parteiführer, wie Bebel, Kauply u. daselbe Mittel gegen die unbedürftigen Führer in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung angewandt haben.

Ein vollständiges Kasseitreiben wurde gegen diese Gewerkschaftsbeamten, namentlich seit der Tagung des Kölner Gewerkschaftsbundes, von der radikalen Parteipresse veranstaltet, weil man dort ein von der Partei abweichende Meinung in der Frage der Matzeier und des Massenstreiks vertreten hat.

Die Gewerkschaftsbeamten wurden als „ideale Gewerkschaftskrämer“ bezeichnet; ihre „gestützte Existenz“ halte sie von einem „energischem Klassenkampf“ zurück und lasse sie die „Majestät irren führen“, anstatt geradenwegs zum sozialdemokratischen Endziel uhr. Kurz und gut, man beschuldigte die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten bei den „frei“ organisierten Arbeitern, sie fühlten sich insofern ihrer hohen Gehälter in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu wohl und kümmerten sich nicht darum, ob die unter dem Kapitalismus schwer leidenden Arbeiter früher oder später durch den demokratischen Sozialismus erlöst würden.

Ein „Niedererschlag dieser Hege gegen die Gewerkschaftsführer“ zeigt sich, so sagt „Genosse“ Deinhardt, der Redakteur der sozialdemokratischen „Holzarbeiterzeitung“, in der Mainummer der „Sozialistischen Monatshefte“, in dem Verhalten der „frei“ organisierten Berliner Holzarbeiter bei der Regelung der Gehälter ihrer Beamten.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen (sozialdemokratischen) Holzarbeiterverbandes hatte der Generalversammlung eine neue Gehaltsregelung ihrer Ortsbeamten vorgeschlagen, in welcher Grundgehälter von 1800 bis 2000, Höchstgehälter von 2400 bis 2500 Mark vorgesehen waren. Obwohl es sich um langjährige Beamte handelt, fand die Vorlage in der Generalversammlung entschiedenen Widerspruch und wurde, ohne daß man die Beamten angehört hatte, den Mitgliedern zur Urabstimmung überwiesen.

Der Vorwärts, welcher in Nr. 64 vom 17. März über den Verlauf der Versammlung berichtete, gibt ein anschauliches Bild über die erragte Debatte wieder. U. a. konstatierte der Beamte Maas, daß er als Obmann der Schlichtungskommission in so und so vielen Fällen bei Unternehmern habe vermittelnd eingreifen müssen, um höhere Preise für Kollegen zu erzielen, deren Verdienste über sein Gehalt bereits hinausgingen. Jetzt noch neunjähriger Tätigkeit habe er 2000 M. Es sei nun ihm zugerufen worden: „Wenn es Dir nicht paßt, kannst Du ja gehen“. Das sei so die rechte Unternehmermanier, wie sie so oft hervortrete. — Stiefeld weist es mit großer Entschiedenheit als eine Beleidigung zurück, daß man hier Leuten, die schon zum Teil 15 Jahr in der Organisation tätig seien, unterschreibe, sie fühlten sich als besondere Beamtenkaste.

Genosse Deinhardt schreibt zu diesen Vorgängen in den „Sozial. Monatsheften“:

„Es ist besämen, daß einzelne Parteior-gane auf diese Entwicklung der Dinge in den freien Gewerkschaften nicht ganz ohne Einfluß gewesen sind. Diese Uebertreibung der Mäuren des Unternehmertums, um mit dem Vorwärts zu reden, deren sich die Berliner Holzarbeiter gegen ihre Angestellten schuldig machten, ist zu einem guten Teil nichts anderes, als der Niederschlag der Hege gegen die Gewerkschaftsführer, die seitens einiger Parteior-gane nach Köln beliebt wurde. Die Arbeiter haben in ihrem Parteior-gan etwas von der Beamtenhierarchie in den Gewerkschaften gesehen, von dem reaktionären Geist, der durch die Gewerkschaftsbeamten in die Arbeiter-schaft hineingetragen werde; auch von den gehobenen Existenzen und von dem gesunden Sinn der Massen ist in diesem Zusammenhang die Rede gewesen. Das hat sich bei der Masse der organisierten Arbeiter festgesetzt, sie haben sich in eine förmliche Erbitterung gegen ihre Führer hineinreden lassen und hineingeredet, und all der Groll gegen die Beamten, der sich so bei ihnen angesammelt hat, macht sich denn bei solchen Gelegenheiten Luft, wo es gilt, über das Wohl und Wehe der Angestellten zu entscheiden. Da wird ihnen einfach der Brotkorb höher gehängt!

Domit hat Genosse Deinhardt recht. Aber, so fragen wir: Ist es nicht der Fluch der bösen Tat, wenn sich das, was man durch die strupellose Agitation gegen christliche Führer erreichen wollte, am eigenen Leib der sozial. Gewerkschaften sich jetzt bitter rächt.

Unerwartet aber zeigte dieser Vorgang so recht welche Mittel sozialdemokratischerseits angewandt werden, um „gefällige“ Elemente zu erhalten. Ja, ja, wer nicht pariert, dem wird der Brotkorb höher gehängt oder er fliegt.

### Die Haftpflicht der Gewerkschaftskassen

würde man in Deutschland allzugerne den Arbeiterorganisationen aufzwingen. In England wird dies in Zukunft auf Grund eines neuen Gesetzes unmöglich sein. In dem vielgenannten Taff Vale-Fall hatte der oberste englische Gerichtshof eine Gewerkschaftskasse zum Schadenersatz an die Unternehmer verurteilt. Diefem Falle ist, wie die Köln. Volksztg. berichtet, eine neue Entscheidung des Gerichtes des Hauses der Lords in einem ähnlichen Falle gefolgt. Dieser Fall wird unter dem Namen Denaby-Fall bekannt bleiben. Die von den Richtern des Hauses der Lords in diesem Falle getroffene Entscheidung legt einen deutlichen Beweis dafür ab, daß man, bereits ehe das neue Trade Uniongesetz die Trade Unions sekundär vor Angriffen sichert, in den höchsten richterlichen Kreisen zu der Erkenntnis gekommen ist, daß eine weitere Betonung der im Taff Vale-Falle zum Ausdruck gebrachten Ansichten gefährlich sein würde. In dem Denaby-Falle verlangten die Unternehmer, daß eine Union von Kohlenarbeitern zur Schadenersatzzahlung an die Bergwerksbesitzer verurteilt werde. Zwei Zweigvereine dieser Union waren gegen das ausdrückliche Verbot der Zentralkommission des Gewerksvereins in Streik eingetreten. Während des Streikes erhielten sie trotzdem aus der dafür bestimmten Kasse der Union Streif-gelder ausbezahlt. Der Verband der Bergwerksbesitzer verlangte nunmehr aus zwei Gründen Schadenersatz. Erstens, weil der Streik ungesetzlich war, und zweitens, weil die Statuten der Union selbst dieser eine Auszahlung von Streifgeldern verboten hätten. Der erste Grund deckt sich mit der Begründung, die von dem Hause der Lords in dem Taff Vale-Falle anerkannt wurde. In dem Denaby-Falle erklärten jedoch die sämtlichen fünf Richter sich gegen die Auffassung der Unternehmer. Was die zweite Begründung anbelangte, so wurde von den Richtern darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung von Streifgeldern lediglich die Mitglieder der Union geschädigt habe und keineswegs die Unternehmer berechtige, zu verlangen, daß ihnen eine Schadenersatzzahlung zur Sühne dieser Schädigung der Unionsmitglieder geleistet werde. Die Unternehmer wurden also vollständig abgewiesen, und die arbeiterfreundlichen Blätter geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß weitere Angriffe auf die Trade Unionfonds nach diesem Resultate kaum mehr zu erwarten sein dürften. Das neue Trade Uniongesetz habe in dieser Entscheidung seinen Schatten voraus-geworfen.

Im Gegensatz zu England geht man in Deutschland mit Klagen um, den Gewerkschaften mit der Rechtsfähigkeit gleichzeitig auch durch Haftpflicht bei Streiks Fesseln anzulegen, die die deutschen Arbeiter allerdings ganz entschieden ablehnen werden.

### Gewerkschaften und politische Vereine.

Bekanntlich wurden die Ortsvereine der christlichen Verbände des Metall-, Keram-, Hilfs- und Transportarbeiterverbandes in Berg-Glabbad von der dortigen Polizeibehörde für politisch erklärt und die Vorstandsmitglieder wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes von 1850 anklagt. Die Behörde verlangte die Streichung eines Paragraphen, welcher die Aufnahme von Frauen vorsah. Die Vorstandsmitglieder erklärten hingegen, daß ihre Zahlstellen keine politischen Vereine seien, das Statut sogar Politik ausschließe und daß sie als Zahlstelle nicht berechtigt seien, das Statut zu ändern. Die B.-Glabbacher Polizei gab sich damit nicht zufrieden und überwies die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Das Schöffengericht Bensberg verurteilte die sämtlichen Vorstandsmitglieder zu je 10 Mark Geldstrafe und die Kosten. Auf erfolgte Berufung sprach die Strafkammer des Kölner Landesgerichts die Angeklagten frei. Eine schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Eine in der gleichen Angelegenheit eingelegte Berufung von Vorstandsmitgliedern des christlichen Hilfs- und

Transportarbeiterverbandes der Zahlstelle B.-Glabbad wurde dagegen von der 4. Strafkammer des gleichen Landgerichts verworfen mit der Begründung, daß der Zentralverband und auch die Zahlstelle B.-Glabbad kein politischer Verein zu sein brauche, sondern schon dadurch, daß diese eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke — und aus dem Statut gehe klar hervor, daß der Verband eine Einwirkung auf und zwar auf sozial-politische Angelegenheiten bezwecke — verstoße er gegen das Gesetz und infolgedessen seien die Vorstandsmitglieder strafbar. Letzteres Urteil beweist die Notwendigkeit der Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechts.

### Erhebung über die Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner.

Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat im Einvernehmen mit dem Reichsamt des Innern einen umfangreichen Fragebogen an alle Straßenbahnen Deutschlands gesandt zwecks statistische Erhebungen über die Lage der Angestellten: Derselbe enthält u. a.:

- 1. Planmäßigen Dienst. 2. Welche Ruhepausen werden als Dienst gerechnet. 3. Ruhepausen, die nicht als Dienst gerechnet werden. 4. Zusammenhängende Ruhepausen von mindestens 4 Stunden. 5. Dienstfreie Zeit zwischen zwei planmäßigen Diensten. 6. Dienstfreie Tage. 7. Möglichkeit des Besuches des Hauptgottesdienstes. 8. Ueberstunden. 9. Tatsächlich geleistete Gesamtdienstzeit. 10. Nachtdienst. 11. Erholungsarbeit.

Wir vermuten, so schreibt die „Soziale Praxis“ hierzu, daß diese Erhebung mit der im Beiräte für Arbeiterstatistik angeregten Enquete über die Arbeitsverhältnisse im Fuhrgewerbe (Straßenbahn, Droschkentz.) zusammenhängt und für das ganze Reich gilt.

### Von dem Kampffelde im Saargebiete.

Dr. Lilles Kampf gegen den christlich-sozialen Metallarbeiterverband findet, wie bereits erwähnt, selbst in den Kreisen eine scharfe Beurteilung, die bisher der christlichen Gewerkschaftsbewegung passiv gegenüberstanden. Die liberale Saarbrücker Ztg., von deren energischem Protest gegen das Verfahren Lilles bezw. der Bur-bacher Hütte wir früher schon Kenntnis genommen haben, wendet sich nunmehr gegen das wirtschafts-politische Glaubensbekenntnis Lilles mit folgenden Ausführungen:

„Die Südwestf. Wirtschafts-Korresp., das von Hrn. Dr. Lille herausgegebene Organ, bringt in ihrer letzten Nummer unter der Spitzmarke Das Recht und der Friede einen Artikel, in dem der Verfasser u. a. sein politisches Programm kund-gibt und zwar klar und deutlich. Wir wollen zur Klärung der Situation darüber nicht hinweggehen, unsere Leser werden es zweifellos mit Interesse lesen. Es heißt am Schlusse des zitierten Artikels: „Es ist ja ein ganz netter philosophischer Sport, herauszufügeln, welche „Rechte“ jeder Mensch hat. Aber wenn eins sicher ist, so ist es das, daß keine menschliche Gesellschaft jemals bestehen könnte, wenn jeder diese vermeintlichen „Rechte“ auch nur zur Hälfte ausüben wollte. Vielleicht lernen auch die Herren Wernerus und Zühlke noch einmal, daß das ganze Geschwäg von Menschenrechten in die Kammer gehört, und daß das praktische Leben von der Wechselwirkung von wirtschaftlichen und sozialen Kräften gebildet wird. Es ist nicht die Schuld des industriellen Unternehmertums, daß die Kraft des Geistes und des beherrschenden Willens noch immer die Tendenz hat, die Lebensgeschicke der Träger der Muskelkraft im wesentlichen zu bestimmen. Und ist es zuviel gesagt, wenn wir sagen: wehe, wenn es einst anders würde!“ Soweit Hr. Dr. Lille, der sich damit gewiß päpstlicher zeigt, als der Papst; denn daß diese Anschauungen durchweg von unseren Groß-industriellen geteilt werden, möchten wir schlanweg verneinen. Dieses Evangelium des kranken Materialismus ist weder national, noch ist es liberal. Wenn wir erst dahin gelangen, daß wir uns nicht mehr durch das christliche Sittengesetz gebunden fühlen, wenn wir die Menschenrechte als Geschwäg hinstellen und der Arbeiter mit seiner Dienstleistung zugleich auch sein ganzes Lebens-geschick ausliefern soll, so ist das der Krieg aller gegen alle. Wir werden niemals die Gerechtigkeit einer solchen Doktrin begreifen, wir werden



als politisch national und liberal gesinnte Männer und vom rein menschlichen Standpunkte als Christen den Glauben verteidigen, daß wir gegen unsere Mitmenschen höhere sittliche Pflichten zu erfüllen haben. Schaltet man sie aus dem Wirtschaftsleben, so muß ein unübersehbares Unheil die Folge sein. Der politische Tillämanus muß, wenn er wirklich darauf ausgeht, sein Evangelium in die Tat umzusetzen, böse Früchte zeitigen. Aus liegt es hier nur daran, noch einmal zu konstatieren, daß solch ein Vorgehen weder national noch liberal ist, und daß hier nicht das Stichwort Das Recht und der Friede hingehört, der Artikel wäre vielmehr von Dr. Tilles richtiger das Unrecht und der Krieg bezeichnet worden. Bezeichnenderweise hat Hr. Dr. Tille mit diesem Artikel in der Presse einmütig Ablehnung gefunden, denn nicht ein einziges der Blätter aus dem Kreise, an die er die Korrespondenz sendet, hat diesen Artikel aufgenommen, auch nicht einmal das Hüttenblatt, die Malstatt-Burbacher Btg., die sonst recht fleißigen Gebrauch von der Korrespondenz macht. Der Artikel ist wohl selbst diesem Blatte als zu gefährlich erschienen.

Einen Helfer hat Herr Tilles indes noch gefunden in der „Post“, ein, in Stumm'schem Geiste redigiertes Blatt in Berlin.

Es ist wirklich rührselig zu lesen, wie die alte Scharfmachertante in Aufregung geraten ist über die Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Saarrevier.

In einem langen Artikel in der Stimme vom 17. Mai zeteret sie über die außerordentlichen Fortschritte unserer Gewerkschaften im Saarrevier und „Auldung“.

„Auldung ist gut.“ Die Zeiten sind vorbei, werte „Post“, wo man dem Arbeiter seine vitalsten Rechte vorenthalten konnte. Die Saararbeiter danken für die „Auldung“, sie reklamieren ihre Menschenrechte, namentlich das Recht der Konstitutionenfreiheit, das ihnen geschäftlich gewährleistet ist.

Des ferneren hat es ihm eine Konferenz der Bergarbeiterauschüsse im Saarrevier angetan die — es ist schrecklich — mit Genehmigung der königlichen Bergwerksdirektion stattgefunden haben soll.

Seit wann haben die Arbeiter denn eine Genehmigung der Bergwerksdirektion nachzusuchen wenn sie eine Versammlung abhalten wollen. Merkt denn die Post nicht, wie sie sich mit solchen Märgen selbst blamiert?

Ihren Erguß nach dieser Richtung hin wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Er lautet:

„Gerade im Saarrevier lag für die königliche Bergverwaltung um so weniger Veranlassung vor, der sozialdemokratischen Propaganda Vorspanndienste zu leisten, als die Bergarbeiter recht gut gestellt sind. Infolgedessen ist auch das Arbeitsangebot dortselbst regelmäßig ziemlich stark, während bei den Privatindustrien Arbeitermangel vorherrschend zu sein pflegt. In den Jahresberichten der Saarbrücker Handelskammer finden sich regelmäßig Klagen, namentlich seitens der Glasindustrie über die Abwanderung zur Grubenarbeit.“

Man hätte meinen sollen, das dankenswerte Verhalten der Privatindustrie könnte der kgl. Bergwerksdirektion die Direktiven an die Hand geben für ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaften, aber weit gefehlt! Die königliche Verwaltung unterwirft sich Löblich den Streikhegern, und die Privatindustrie setzt energisch den Kampf gegen diese fort. Schon die vorstehend aufgeführten „Forderungen“ der Bergarbeiterauschüsse zeigen deutlich, wohin die Reise führt. Man muß wirklich gestehen: Für den Anfang recht reichlich! Mit einem Fuß schon mitten im Lager der Sozialdemokratie! Wie lange noch wird es dauern, bis die dahin königstreuen und monarchisch gesinnte Arbeiterschaft der fiskalischen Gruben gegen die Staatsordnung zu Felde zieht, der sie größtenteils ihren Wohlstand verdankt?

Schließlich fordert die „Post“ den Handelsminister Delbrück auf, „mit aller Entschiedenheit die Forderungen der neuen Gewerkschaftsbewegung zurückzuweisen und so zünigermassen gutzumachen, was sein Amtsvorgänger (Möller) gefehlt habe.“ Und weshalb? Man höre:

„Für die Wohlfahrt der Arbeiter sorgt die Bergwerksverwaltung sowohl in der Wohnhaltung als auch in dem vorzüglich ausgestatteten Saarbrücker Erntegewerkschaftsverein. Die Gewerkschaftsbe-

wegung verdient aber auch deshalb mit allen Mitteln bekämpft zu werden, weil sie notwendigerweise zum Streik führen muß, mag sie sich in den Mantel des Christentums hüllen oder den der Sozialdemokratie!“

Also das alte Lieb: Der Arbeiter soll rechtlos bleiben, die „Herren im Hause“ befehlen und der Arbeiter hat zu gehorchen.

Der lieben „Post“ aber sei gesagt, daß sie gegen Windmühlen kämpft, erst recht aber, wenn sie glaubt, gegen die christlichen Gewerkschaften mobil machen zu können, indem sie die Sozialdemokratie an die Wand malt.

Ein frisch-fröhlicher Zug geht durch die Arbeitererschaft des Saarreviers, der den Rest des Stumm'schen Geistes bald beseitigen wird.

Wenn die Post aber glaubt, die Bewegung aufhalten zu können, dann kommt sie mit ihrer Postkutsche zu spät.

- Streiks und Lohnbewegungen.

Ham m. Wie überall im Drahtziehergewerbe, so herrschen auch hier auf der Westfälischen Drahtindustrie von Alters her eingerissene Mißstände. Selbstgestandene in Lieferungen von nuranden und zu dick gewalzten Draht. Auch mußten sich die Arbeiter Zieheisen, Durchschläge, Zangen, Hammerstiele, Dele und Sämiere selbst bezahlen. Selbst die Aufarbeitung der Zangen und Durchschläger mußte von den Drahtziehern bezahlt werden. Sodann bestand hier der Mobus, daß ein Teil der Drahtzieher noch den Fuhrlohn für das Zubringen und Abholen des zu bearbeitenden Drahtes bezahlen mußten. Auch die Akkordpreise waren teilweise sehr niedrig. Müßte einmal ein Drahtzieher aushilfsweise in der Drahtwäsche arbeiten, so erhielt er nur Plagarbeiterlohn. Hinsichtlich der sanitären Seite ließ und läßt der Betrieb manches zu wünschen übrig.

Die Kollegen stellten nun entsprechende Forderungen, selbige betrafen:

1. Lieferung von gutem und normal gewalztem Draht.
2. Abschaffung des Gebrauchs, wonach die Drahtzieher selbst das seitherige Arbeitsmaterial und die Aufarbeitung desselben zu zahlen hatten.
3. Fortfall des von den Drahtziehern zu zahlenden Fuhrlohnes.
4. 10% Erhöhung der Akkordsätze für Bearbeitung von Ausschußdraht.
5. Zahlung eines angemessenen Lohnes für solche Drahtzieher, welche gelegentlich in der Wäscherei Aushilfsarbeiten verrichten müssen, ferner wurden noch Forderungen sanitärer Art, die Lohnzahlung und Lehrzeit betreffend gestellt.

Durch Verhandlungen mit der Firma haben die Kollegen auch erhebliche Vorteile erreicht. Das nicht alle bestehenden alten Gebräuche resp. Mißbräuche mit einem Schläge abgeschafft werden konnten, waren sich auch die Arbeiter nicht im Unklaren. Erreicht wurde:

1. Gewährung von gutem und normalgewalztem Draht.
2. für Zieheisen, englische sind in Zukunft 80 Pfg. statt bisher 1,30 Mk. zu zahlen, deutsche Zieheisen kosten in Zukunft 60 statt 95 Pfg. Das Schmieröl liefert die Firma in Zukunft für 30 statt bisher zu 50 Pfg. pro Kilo.
3. Die Zahlung des Fuhrlohnes für das Zubringen und Abholen von Draht kommt in Wegfall.
4. Für den an langsamen Scheiben zu verarbeitende Draht wird der Akkordsatz um 10% erhöht.
5. Die Zahlung eines angemessenen Lohnes für Leistung von Aushilfsarbeiten wird zugesichert.

Ferner wurde versprochen, die Wünsche sanitärer Art zu berücksichtigen.

Das Erreichte bedeutet für die Arbeiter einen ganz enormen Erfolg. Beide Teile, sowohl Arbeiter als auch der Firma ist durch die gütliche Regelung der Angelegenheit zweifellos genügt.

In dieser Bewegung waren beteiligt unser christlicher Metallarbeiterverband mit 189, der Hirsch-Dunkersch Gewerkschaft mit 12 und der sozialdemokrat. Metallarbeit mit 1 Mitglied.

Bemerkt sei hier, daß man sich seitens der Hirsch-Dunkersch bei dieser Bewegung eine bodenlos gemeinen Streich leistete. In der „Märkischen Tageszeitung“ dem Hirschorgan für Hamm, erschien am 29. März als die Bewegung gerade eingeleitet war, eine Notiz, welche zweifelhaft Hirsch'sche von Essen und Hamm glorifizierte. Inwieweit die Glorifikation der Wahrheit entsprach, diese Frage soll hier unerörtert bleiben. Unsere Kollegen wissen, daß soweit diese Notiz sich auf die Arbeiter der Hammer Union bezog, nicht der Wahrheit entsprach. Nicht nur Hirsche waren an der Hammer

Unionbewegung beteiligt auch der christliche Metallarbeiterverband kam nicht unbedeutend in Frage. In der angezogenen Notiz hieß es dann: „Ob die, Christlichen durch ihr planloses Vorgehen auf der Westfälischen Industrie einen gleichen Erfolg erzielen werden, steht noch dahin. Allgemein zweifelt man an einem Erfolg der eingeleiteten Bewegung.“ Die Hirsch-Dunkersch hätten gern gesehen, daß die Christlichen auf der Westfälischen Drahtindustrie nichts erreicht hätten. Das ist angesichts der 12 Mitglieder, welche sie von den 203 in Frage kommenden hatten, erklärlich. Aus diesem Grunde versuchte man durch die Notiz die Einigkeit der Arbeiter zu stören und der Erfolg von vornherein zu vereiteln, die christliche Verbandsleitung zu verbächtigen und die Firma zum heftigen Widerstand aufzustacheln. Mit Entrüstung nahmen unsere Kollegen Kenntnis von diesen insamen, feigen Hirsch'sche. Wenn wir bisher zu der Sache geschwiegen, ja sogar der „Märkischen Tageszeitung“, erlaubten, solche Schreibeereien zu unterlassen, so geschah dies lediglich aus dem Grunde, die Bewegung zu einem erfolgreichen Ende für die Kollegen zu bringen.

Bei der Bewegung in Lippstadt erfuhren wir und konnten feststellen, daß man durch den Vertreter Bongers veranlaßt, den christlichen Verband bzw. dessen Vertreter, für das Nichtstreiken der dortigen Drahtzieher verantwortlich zu machen, wo in Wirklichkeit der Generalrat den Streik abgelehnt hatte. Unlängst in Hamm, wo Herr Lange die größten Unwahrheiten über einen christl. Gewerkschaftsführer in bezug angeblicher Vergangenheit zu sozialdemokratischen Verbänden verbreitete und jetzt obige Handlung bei der Drahtzieherbewegung der Westfälischen Industrie. Jetzt wird uns klar, was diese Führer der Hirsch-Dunkersch betreiben: es ist Falschheit und Verleumdung, um keine schärfere Ausdrücke zu gebrauchen.

Ham m. Den Arbeitern der Drahtwalze (Klein Amerika) der Westf. Union wurde ein Akkordabzug von 20 Proz. kassiert. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Walzer einen schönen Stüber Geld verdienen, so darf auch nicht vergessen werden, daß die Arbeitskraft der einzelnen bis zum äußersten angespannt werden muß. Die Arbeiter sind nicht gewillt sich so ohne weiteres den Abzug gefallen zu lassen. Vor der Hand ist es für Drahtwalzenarbeiter geboten, Hamm so lange zu meiden bis die Differenzen geschlichtet sind.

Unsere hiesige Ortsgruppe hat einen bedeutenden Aufschwung erfahren. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung, welche am Christihimmelfahrtstag tagte, beschloß gegen 2 Stimmen die Anstellung eines Lokalbeamten und gleichzeitig die Einführung eines Extrobeitrages, um die erforderlichen Kosten aufzubringen. Hoffentlich werden die in der Versammlung nicht anwesenden Kollegen dem gefassten Beschluß freudig zustimmen. In dem Maße als wir unsere Mitgliederzahl steigerten, erzielten wir auch Erfolge. Noch ein großes Heer unorganisirter Metallarbeiter muß dem Verbandszugeführt werden, noch viele Verbesserungen sind auf den Fabriken einzuführen. Kollegen helfet alle mit, dann wird durch die Anstellung eines Lokalbeamten den Kollegen großer Vorteil erwachsen.

Sulzbach. In dem idyllisch gelegenen Städtchen Sulzbach in Bayern regte sich lange nichts von einer gemeinschaftlichen Organisation. Dortselbst befindet sich aber ein Bergwerk und ein Hochofenwerk, in welchen ca. 1500 Arbeiter beschäftigt sind. Der christliche Bergarbeiterverband hatte unter den Bergarbeitern einmal eine stattliche Zahlstelle, aber auch diese Zahlstelle ist in der Einsamkeit von 500 auf 50 Mitglieder zurückgegangen. Von den sozialdemokratischen Verbänden wurden des öfteren Ansätze zur Einführung ihrer Organisation gemacht, aber stets mit negativen Erfolg. Durch die eigenartigen Verhältnisse, welche dort vorherrschend sind, ist es ein schwieriges Terrain für die gewerkschaftlichen Organisationen. Viele Arbeiter gehen dem Verdienste in den Hochofenwerken nach und haben zu Hause ein kleines Anwesen mit etwas Feldbestellung, daß die Kinder und die Frauen besorgen. Diese Kategorie von Arbeitern ist dem Organisationsgedanken sehr schwer zugänglich. Neben diesen Umständen kommt noch in Betracht, daß die Arbeiter von einer Menschenfurcht bejeelt sind die ein selbständiges Handeln nicht aufkommen läßt.

Maßregelungen von Arbeitern sind auch dort keine Seltenheit. Den Ambergern Kollege gelang es für den 20. Mai durch Laufzettel eine öffentliche christliche Gewerkschafts-Versammlung einzuberufen. Ursprünglich hatte man das Lokal der „Dohlerschen Wirtschaft“ gemietet. Dem Wächter wurde es aber von dem Besitzer und Spediteur Dohler verboten, die „christlichen Sozialdemokraten“, denn so etwas stellte sich dieser Herr von den christlichen Gewerkschaften vor, das Lokal zur Verfügung zu stellen. Der Herr Spediteur schloß



sich im 20. Jahrhundert noch in dem Glauben zu wiegen, daß es für die Arbeiter wohl besser wäre, sich ausbeuten zu lassen, als sich einer Organisation anzuschließen. Es gelang dem Einberufer das Lokal Restaurant Hofgarten zu erhalten. Die Versammlung war gut besucht. Kollege Göb aus Nürnberg referierte über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften und fand der Vortrag allgemeinen Beifall. An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch Herr Expositus Eckert und munterte die Arbeiter auf, das Gehörte zu beherzigen und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Der „sozialdemokratische Hilfsarbeiterverband“ benutzte auch die Gelegenheit um im Trüben zu fischen und ließ ein Flugblatt verteilen. In diesem Flugblatt war der grandiose Satz neben den Aufreihungen von den Leistungen enthalten, daß ihre Organisation neutral und unpolitisch nach dem § 152 d. Gewerbe-Ordng. sei. Der Referent benutzte die Gelegenheit und stellte diese Gewerkschaft in der wahren Gestalt als das hin was sie ist, nämlich eine der sozialdemokratischen Partei untergeordnete Organisation. Da sich von den anwesenden Genossen niemand an der Diskussion beteiligte, schloß der Vorsitzende Siebzehtriebl die Versammlung. Eine stattliche Anzahl der anwesenden Arbeiter erklärten ihren Beitritt zu dem christlichen Metallarbeiterverband. Jetzt gilt es für die Arbeiter an dem Werk weiter zu bauen, ohne Furcht für ihre wirtschaftlichen Interessen einzutreten und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Metallarbeiter in Sulzbach sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließt.

**Sforzheim.** Unzufriedenheit in den Reihen der hiesigen sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufe, herrscht in hohem Grade. In der Gründung eines Lokalverbandes kam diese Stimmung zum Ausdruck. Die Gründe zu der hochgradigen Unzufriedenheit der organisierten Genossen sind, nach den Ausführungen verschiedener Lokalorganisierter Kollegen, bei verschiedenen Versammlungen des Lokalverbandes folgende: „Seit 10 Jahren sei hier eine Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, trotzdem sei nach kein Finger für die Verbesserung der hiesigen Verhältnisse gerührt worden. Seit Verschmelzung des deutschen Gold- und Silber-Arbeiter-Verbandes mit dem deutschen Metallarbeiter-Verband seien fortgesetzt Unordnungen und Unterschlagungen vorgekommen, wie der jetzige Vorsitzende des Lokalverbandes öffentlich ausgeführt hat.

Bei der Versammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde der Antrag gestellt, einen lautionsfähigen, mit den hiesigen Verhältnissen vertrauten und verheirateten Mann als Geschäftsführer anzustellen, dem Antragsteller selber aber, Herr Meier, Vorsitzender des hiesigen Lokalverbandes, wurde zur Begründung dieses Antrages nicht einmal das Wort gegeben. Dies in gedrängter Kürze die Hauptmomente.

Die Gründung des Lokalverbandes selber soll dazu dienen, nach den Ausführungen der Redner derselben, eine „Gesundung“ der hiesigen Verhältnisse herbeizuführen, dem Indifferentismus der hiesigen Arbeiter entgegenzutreten. Im Lokalverband selber sind fast alles Mitglieder, welche das sozialdemokratische Parteiprogramm anerkennen.

Stürmische Auftritte und Szenen bei den jetzigen Versammlungen sind regelmäßig zu verzeichnen.

Wir christlich organisierten sind nach den bisherigen Verlauf der Angelegenheit gespannt, wie der Hummel endet. Man darf jetzt schon sagen, die Sache wird ein Ende nehmen wie das Hornberger Schießen. Gegenseitig viel Spektakel und Anfeindung, denn die Freien machen es mit den Lokalverbändlern kein Haar besser als uns Christlichen.

Geradezu naiv muß es bezeichnet werden, wenn eine Handvoll Leute von einem Lokalverband glauben, den deutschen Metallarbeiter-Verband zwingen zu können, eine andere Taktik einzuschlagen, dazu sind die Arme eines Lokalverbandes zu kurz, soviel sollte ein Arbeiter, welcher über einen einigermaßen klaren Blick verfügt, herausgefunden haben. Unseren christl. Kollegen aber sollte dies vor Augen führen, daß wir in unserer christl. Organisation eine Einrichtung haben, die uns mit Befriedigung erfüllt, weil solche Zustände einfach unmöglich sind. Die Kollegen auf der anderen Seite aber werden zum Schaden auch noch den Spott haben, denn dem deutschen Metallarbeiterverband ist kein Mittel zu schlecht, um solche unliebsame Störer seiner selbstbewußten Willkür und Macht zu beseitigen; sorgen wir dafür, daß unsere Zahlstelle immer mehr wächst, jeder soll agitator sein, denn dem Lokalverband gilt vom Metallarbeiterverband ganz genau auch das Sprich-

wort: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein.“

Deshalb, Gold- und Silberarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband; hier werden eure Interessen vertreten nach bestem Wissen und Gewissen.

**Bielefeld.** Schon wieder ist ein Fall von soziald. Terrorismus hier zu verzeichnen, wobei die Genossen wieder so recht ihre Arbeiterfreundlichkeit und Brüderlichkeit bewiesen haben. Am Montag, den 14. Mai, trat der im christl.-soz. Metallarbeiterverband organisierte Former G. P. bei der Firma Vogelsgang in Arbeit. Als P. sich einen Formkasten vom Hofe holte, um die Arbeit zu beginnen, erklärten die Genossen bei seiner Rückkehr kurz und bündig: Mit P. arbeiten wir nicht zusammen, wenn der anfängt zu arbeiten, hören wir sofort auf. Einmal haben wir uns die Hände schmutzig gemacht, zum zweiten mal haben wir keine Lust dazu.

Im vorigen Winter passierte nämlich in derselben Fabrik ein ähnlicher Fall. Damals handelte es sich auch um einen christl. Kollegen. Man hatte versucht, denselben auf einer Schiebtarre aus der Fabrik zu transportieren, auch wurde er tödlich angegriffen. Dieses brachte jedoch einem der Freiheitshelden 14 Tagen und einen anderen 1 Tag Gefängnis ein. Unserem Kollegen P. wurde gefragt, ob er im christl. Verband sei, was er unumwunden zugab. Es kann sich in diesem Fall nur um die Zugehörigkeit zum christl. Verband handeln, daran ist nicht zu zweifeln. Wenn auch die „Zielbewußten“ noch so viel andere Gründe angeben, mögen sie auch noch so oft behaupten, „die Charaktereigenschaften“ des P. wären die Ursachen ihres Verhaltens gewesen. Wer die wahrheitsliebenden Genossen kennt, weiß, was er davon zu halten hat. Die Tatsache, daß P. wegen Zugehörigkeit zum christl. Metallarbeiterverband hinausgejagt wurde, vermögen alle Winkelzüge der Genossen nicht aus der Welt zu schaffen.

Ein Arbeiter, welcher christl. organisiert ist, genügt den „Freien“, um ihn, wie einen gemeinen Verbrecher, welcher aller bürgerlichen Ehrenrechte verlustig ist, gleichzustellen, indem man erklärt, mit diesem Menschen arbeiten wir nicht zusammen. Das solche Gemeinheiten im 20. Jahrhundert noch vorkommen können, verstanden zum großen Teil auch diejenigen christlichen Arbeiter, welche sich nicht entschließen können, den christl. Organisationen beizutreten, aber auch diejenigen Arbeiter, welche zwar auf christl.-nationalen Boden stehen, aber noch einem soziald. Verband angehören. Solche Fälle, wie der vorliegende, wo verheiratete Leute handlos gemacht werden, weil sie ihrer Ueberzeugung treu bleiben, verurteilen gewiß alle christl. Arbeiter. Aber das Verurteilen allein nützt nichts, wir müssen dagegen ankämpfen, dagegen arbeiten, und das können wir am besten, wenn sich alle christl. Arbeiter den christl. Gewerkschaften anschließen.

Wann erwachen denn die indifferenten christl. Arbeiter endlich mal aus ihrer Gleichgültigkeit? Ist es denn mit dem Charakter eines christl. Arbeiters zu vereinbaren, ruhig und unfähig zuzusehen, wie so mancher brave Familienvater sich Tag aus Tag ein abjähndet und abmüht, nur um für die Seinigen das Allernotwendigste herbeizuschaffen. Ist es da nicht Pflicht, vor allem der christl. Arbeiter, sich zusammenzuschließen, um vereint sich eine Position zu erobern? Der einzelne vermag nichts, alle zusammen aber vermögen vieles.

Also, ihr christl. Arbeiter, die ihr noch nicht organisiert seid, oder einer unchristl. Organisation angehört, endlich mal aufgewacht und hinein in die christl. Gewerkschaften, hinein in den christl.-soz. Metallarbeiter-Verband, damit auch endlich für uns Arbeiter die Sonne einer bessern Zeit entgegenstrahlt.

**München.** Die sozialdemokratischen Arbeiterzersplitterer können sogar vor einer solchen ernsten Sachlage wie der angedrohten Generalausperrung der Metallarbeiter ihr unharberes Handwerk nicht ruhen lassen.

Die „Münch. Post“ Nr. 102 ruft an der Spitze des Blattes in Sperr- und Fettdruck die „Metallarbeiter auf die Schanzen.“ Dabei leistet sie sich gleichzeitig folgende Beschimpfung der anderen Organisationen: „Die Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen sind unzuverlässig; sie üben an der Arbeiterschaft Verrat und liefern Streikbrecher fast an allen Orten und bei den meisten Kämpfen.“

Wir fordern die „Münch. Post“ und den Verfasser des betr. Schmähartikels (wahrscheinlich kein anderer wie der durch seinen Fanatismus gegen Andersdenkende unrühmlich bekannte Hans Fehlinger) auf, den Beweis zu erbringen, wo der christliche Metallarbeiterverband Verrat an der Arbeiterschaft ge-

übt und Streikbrecher geliefert hat? Solange die „Münch. Post“ den Beweis schuldig bleibt, erklären wir obige Behauptung für eine ehrsüchtige Verleumdung und nichtswürdige Schrafschneiderei. Wo hat der christliche Metallarbeiterverband auch nur einen annähernd so schmachvollen Arbeiterverrat und schamlosen Streikbruch verübt, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nach dem unabwehrbaren Zeugnis eigener sozialdemokratischer Blätter in Solingen verübt hat?

In einem anderen Artikel zur Metallausperrung in Nr. 106 der „M. Post“ wird von der geringen Bedeutung der andern Organisationen, die nur „ungelebte Hilfsarbeiter“ hätten, geredet. Im gleichen Atem aber wird mit unglaublicher Dreistigkeit die Unterstützung der andern Verbände beansprucht. Es würde sich zeigen, ob die Christlichen und Hirschen den „tronnigen Mut besitzen und zum Verräter an einer großen Sache zu werden,“ d. h. wenn sie nicht mit ausgesperrt würden, dann sollen sie um der schönen Augen der Genossen willen, von denen sie Tag um Tag in der unfähigsten Weise beschimpft werden, freiwillig aus den Betrieben herausgehen.

Während die Herren Genossen wie im Solinger Bezirk ihren eigenen Leuten anraten, ihren Verband zu verleugnen, um nicht ausgesperrt zu werden. Auch werden sich die Herren Genossen wohl hüten, ihren eigenen, nicht ausgesperrten Mitgliedern freiwillig aus den Betrieben herauszuziehen. Dann sind die Leute so anmaßend, dieses von anderen Organisationen zu verlangen, wodurch ja nur den Scharfmachern einen Gefallen getan würde.

Man weiß wahrlich nicht, ob man den Fanatismus und Schimpfthaler der sozialdemokratischen Führer oder ihre impertinente Anmaßung mehr verabscheuen soll. Der ganze Sachverhalt zeigt wieder deutlich, daß Uneinigkeit und Zersplitterung stets von den roten Führern unter die Arbeiterschaft getragen werden.

**Burbach (Saar).** Burbacher Hütte Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

**Gmünd-Gifel.** Eisenwert Manuel Streit.

**Breslau.** Ausperrung sämtlicher Metallarbeiter.

**Heilbronn.** Heilbronner Fahrzeugfabrik Lohn-differenzen und Maßregelung.

**Dresden.** Ausperrung.

**Misburg.** Streit der Eisengießerei Misburg-Anderten.

**Linden-Hannover.** Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Former von 40 Pf., welcher verweigert wurde.

**Braunschweig.** Ausperrung sämtlicher Metallarbeiter.

**Altehd.** Wegen Differenzen ist die Dampfmaschinenfabrik von D. Necke gesperrt.

**Neustadt i. Schwarzwald.** Schraubenfabrik Göb und Cie. Streit wegen Maßregelung.

**Berdohl.** Bei der Firma Gebr. Brüninghaus haben die Gabelarbeiter und Former wegen Lohn-differenzen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

**Dortmund.** Zugang von Formern und Gießereiarbeitern fernhalten.

**Kiel.** Germaniawerk Ausperrung.

**Böblingen.** Auf dem Hüttenwert Differenzen wegen Maßregelungen.

**Brebacher Hüttenwerk, Neunkirchener Hüttenwerk** üben Gewaltmaßnahmen gegen unsern Verband, Saalabtreiberei, Koalitionsverbot und dergl.

**Lampertheim.** Ausperrung.

**Ludwigshafen.** Ausperrung.

**Lübeck.** Ausperrung.

**Karlsruhe.** Streit.

Zugang ist fernzuhalten!

## Kollegen,

Bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. Juni der dreiundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 2. Juni bis 9. Juni 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.



### Aus dem Verbandsgebiet.

An die Ortsgruppen des Bezirks Norden. Wohl der dringenden Bitte, sofort zu antworten, haben auf das letzte Rundschreiben 4 Zahlstellen nicht geantwortet. Wie da eine geordnete Geschäftsführung zu Stande kommen soll, mögen sich die Säumnigen selbst einmal beantworten. Unabweislich ist der Gedanke: Wie mit dem Bezirk, so ist auch der Verkehr mit der Zentrale von den betreffenden Zahlstellen. Hinweg mit dem Schlendrian; vorwärts in jeder Beziehung. B.

Lampertheim. Auch hier haben sich die christlichen Metallarbeiter endlich auferafft und die Gründung einer Zahlstelle in die Wege geleitet.

Sonntag, den 29. April fand die erste Versammlung statt, zu der Kollege Samstag-Mannheim erschienen war. Derselbe sprach zunächst über die Notwendigkeit der Organisation und den Zweck und die Aufgabe des christlichen Metallarbeiterverbandes und erläuterte zugleich die einzelnen Paragraphen des Verbandsstatuts. Darauf fand die Vorstandswahl statt. Gewählt wurde als erster Vorsitzender Kollege Regen, als 2. Kollege Rirsch; als Schriftführer Woll. Hübner, als Kassierer Woll. Lamm; als Beisitzer die Kollegen Weidauer und Sebold. Als Vertrauensmann Kollege Burkenhagen. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen mit allem Eifer tätig zu sein.

Kollege Samstag förderte aber auch sämtliche Mitglieder auf, treu und eifrig mitzuarbeiten. Damit es vorwärts geht mit diesem jungen Reis am Baume des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Es wurde noch über die Agitation im Allgemeinen, besonders über die Hausagitation beraten und beschloffen, mit aller Energie in die Agitation einzutreten. Vorwärts soll unsere Parole sein.

Neustadt i. Schwarzwald. In der Schraubenfabrik Göb u. Cie. wurden 4 Mitglieder unseres Verbandes gekündigt unter der Begründung, entweder aus dem Verbandsgebiet oder sie nehmen die Entlassung. Die Ursache zu diesem Konflikt war die geplante Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 11½ Stunden. Dagegen nahm eine Werkstättenversammlung Stellung.

Der Firmeninhaber hatte darauf nichts eifrigeres zu tun, als unsere Kollegen zu maßregeln, unter Begleiterscheinungen, auf die wir später noch zu sprechen kommen; heute nur das eine, von einem gebildeten Arbeitgeber darf man nämlich etwas mehr Anstand voraussetzen. Eine Reihe Mißstände bestehen noch im Betrieb, auf deren Beseitigung unsere Kollegen ebenfalls dringen und auch dementsprechende Forderungen gestellt haben.

Die Mehrzahl der Arbeiter ist in unserem Verbandsgebiet organisiert; leider ist auch eine Anzahl darunter, welche erst im letzten Moment beigetreten sind. Wenn die Kollegen so mannhaft wie bisher ausbarren, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Firma aber wird einsehen, daß sie am besten fährt, wenn sie mit ihren Arbeitern in Frieden lebt und die berechtigten Forderungen derselben anerkennt.

Münster. Unsere letzte außerordentliche Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Es hat sich hier gezeigt, daß der Vorstand nicht allein die Agitation betreiben kann und darf, sondern, soll dieselbe von Erfolg gekrönt sein, dann muß jedes Mitglied sich in den Dienst der Agitation stellen.

Unser Vorsitzender, Kollege Holle, wies eingangs im besonderen darauf hin und führte den erschienenen Kollegen die Erfolge der anderen Berufsorganisationen hier am Orte vor Augen, die in der Hauptsache ausschließlich von den christlichen Gewerkschaften erzielt seien. Was dort möglich gewesen sei, kann und darf bei uns Metallarbeitern nicht zur Unmöglichkeit werden. Neben angemessenen Lohn muß auch der Arbeiter eine angemessene Arbeitszeit erstreben, damit seine Arbeitskraft ihm möglichst lange erhalten bleibe. Dies trifft besonders für die Metallarbeiter zu.

Nachdem Kollege Holle zum Schluß aufforderte, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, traten sofort 30 Mitglieder bei. Im Schlußwort hat unser Vorsitzender, den heutigen Erfolg nur als einen Anfang zu betrachten, die beigetretenen Kollegen möchten jetzt unsere Ideen weiterverbreiten und für die nächste Versammlung fleißig agitieren, so daß möglichst bald die Mehrzahl der Kollegen sich uns anschließen, damit wir um so eher und vollkommener unser Ziel erreichen.

Also, Metallarbeiter von Münster, jetzt agitiert, die Zeit ausgenutzt und das Versäumte nachgeholt. Jeder auf seinen Posten, dann muß das Werk gelingen!

Hegeu. Seit langer Zeit schwebten zwischen der Leitung des hiesigen Walzwerkes und der Arbeiterschaft Differenzen. Es handelte sich in der Hauptsache um Besserbezahlung für Verrarbeitung von Abfallplatten. Die hiesige Firma — ein reines Walzwerk — hat, wie alle Werke gleicher Art schwer mit der Konkurrenz der gemischten Werke zu kämpfen. Sie bezog Abfallplatten von den Saarwerken. Möchte die Firma auch bei dem Bezug dieser Abfälle gut fahren, die Arbeiter hatten aber schweren Schaden durch die Verrarbeitung. Mehr Arbeit, weniger Gewicht, viel Ausschuss und nur geringer Verdienst, das war das Resultat für die Arbeiter. Sie verlangten nun ein Drittel Zuschlag zum Akkordpreis für diese Arbeit, im gleichen wurde Preis-erhöhung in Stahlverarbeitung gefordert. Nachdem die Firma sah, daß die Kollegen absolut nicht zu bewegen waren für den geringen Preis die Arbeit weiter zu tun, ließ sie sich auf Unterhandlungen ein. Die gestellten Forderungen wurden zur Zufriedenheit geregelt. Alle Kollegen der Firma sind im christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Die Walzwerksarbeiter von Finnen-trop, Ottendorf, Listerhohl, Krachhammer, Olpe und Ohle dürften aus dem Beispiel der Hegeuer Kollegen die Lehre ziehen, sich Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, dann wird auch für sie Verbesserung erzielt.

Berg-Gladbach. Den Organierungen unserer Ortsgruppe seitens der Behörde ist nunmehr ein Damm entgegengesetzt, indem durch Beschluß des Landgerichtes in Köln unsere Ortsgruppe als zu recht bestehend bezeichnet und die Mitgliederversammlungen ruhig wieder abgehalten werden dürfen. Ein anderes Resultat war ja auch nicht zu erwarten. Unsere Mitglieder wollen daher nunmehr mit doppeltem Eifer an der Ausbreitung unseres Verbandes hier am Orte arbeiten.

Selmstedt, i. Br. Nachdem, besonders im letzten Jahre die christliche Gewerkschaftsbewegung hier gute Fortschritte gemacht hat und überhaupt noch im Wachstum begriffen ist, konnte auch der Wunsch der hiesigen christlich-gesinnten Metallarbeiter, hier eine Zahlstelle zu gründen, erfüllt werden. In der am Sonnabend, den 12. ds. Mts. abgehaltenen Gründungsversammlung erklärte uns der Arbeitersekretär Sprenger von hier, den Zweck und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter besonderem Hinweis auf die gegenwärtigen Situation in der Metallindustrie und auf die Arbeiter und Volk schädigende Taktik der sozialdemokratischen Organisation.

Nachdem sich mehrere Kollegen dem Verbandsgebiet anschlossen, wurden die Kollegen Erich Friede und Meyer als Vertrauensleute gewählt. Kollegen! Zeigt nun aber auch, daß es euch mit eurer Sache ernst ist, werbet neue Mitglieder und laßt euch nicht von — Phrasendreschern beeinflussen, die jetzt vor nichts zurückschrecken werden, um unsere junge Zahlstelle zu vernichten, aber zeigen wir ihnen, daß wir ganze Männer sind. Wenn ein jeder von uns seine Pflicht tut, dann Kollegen gehört die Zukunft uns.

Rosenburg. Sonntag, den 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Zu dieser Versammlung hatte Kollege Dörbelmann-Denschel das Referat übernommen. Derselbe referierte über: Was erstreben die christl. Gewerkschaften.

Zunächst betonte derselbe, daß er vor Jahresfrist in Rosenberg bei der Gründung der Zahlstelle anwesend war, leider müßte er bedauern, daß die Metallarbeiter nicht mit den Holzarbeitern gleichen Schritt gehalten hätten. In der Gründungsversammlung seien gleich 38 Metallarbeiter beigetreten und nur 19 Holzarbeiter. Jetzt hätten die Holzarbeiter 350 Mitglieder und die Metallarbeiter nur 150. Die Ursache, daß die Zahlstelle nicht mit den Holzarbeitern Schritt gehalten, sei wohl darauf zurückzuführen, weil keine regelmäßige Versammlungen abgehalten worden seien. Die monatlichen Versammlungen, welche sie für ihre Zahlstelle eingeführt, seien viel zu wenig, nun hätten sie aber Monate lang gar keine Versammlung abgehalten, da könnte keine Ortsgruppe vorankommen und gebahnt. Auch müßten die Mitglieder mehr zum Opferinn erzogen werden und mehr Begeisterung für die Sache an den Tag legen, dann könnten sie auch daran denken, ihre Lage zu bessern. Die Holzarbeiter hätten doch schon einen schönen Erfolg zu verzeichnen: 1 Stunde Arbeitszeit-Verkürzung und 25 Pfg. Lohnerhöhung pro Tag. Das Gleiche könnten auch die Metall-

arbeiter erzielen. Redner erwähnte nochmals zur Opferfreudigkeit und empfahl die Sammellisten.

Zum Schluß wurde Kollege Schulte aus Bremen als Delegierter zur Generalversammlung vorgeschlagen, welcher auch einstimmig gewählt wurde.

Offentlich ziehen die Kollegen jetzt auch die richtige Anwendung aus der Versammlung und treten jetzt in regere Agitation ein.

### Verbands-Nachrichten.

Das Mitgliedsbuch Nr. 60915, ausgestellt auf den Namen Heinrich Höfer, ist verloren gegangen. Sollte dasselbe irgendwo vorgezeigt werden, ist dasselbe abzunehmen und an die Zentrale einzusenden.

### Briefkasten.

An verschiedene Anfrager! Anträge zur Generalversammlung werden wir veröffentlichen, sobald eine größere Anzahl Ortsgruppen oder Bezirksstellen Stellung genommen und ihre Anträge gestellt haben.

Wir verweisen nochmals auf die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 17 unseres Organs vom 28. April, wonach Anträge eine eingehende Begründung beizugeben werden muß. Die bloße Forderung von diesem und jenem, genügt nicht; jeder einzelne Abänderungsantrag, das Statut betreffend muß also die Begründung beigegeben sein: Warum daselbe abgeändert werden soll, durch welche Gründe die Abänderung erwünscht oder notwendig ist, und so weit es Fragen finanzieller Natur sind, ist zu begründen, daß die Leistungsfähigkeit der Verbandsstafte es tragen kann.

Antragsteller, welche keine Begründung beifügen, haben keinen Anspruch auf Veröffentlichung ihrer Anträge.

Wir bitten dringend dies zu beachten, damit nur solche Anträge gestellt werden, welche, vor einer sachlichen und vernünftigen Kritik stand halten. Anträge, von welchen sich jeder erfahrene und vernünftige Gewerkschaftler sagen muß, daß sie zur Zeit nicht ausführbar, verworfen werden.

### Versammlungs-Kalender.

- Brackwede. Jeden ersten Sonntag im Monat bei 8½ Uhr, nächste Woche, am 10. Juni.
- Bottrop. Montag, 4. Juni, nachm. 3½ Uhr bei Brogemann.
- Crefeld. Samstag, den 2. Juni, abends 9 Uhr Versammlung mit Vortrag in der Reichshalle. Referent: Herr Ing. Sieber.
- Dellwig. Montag, 4. Juni, nachm. 6 Uhr bei Wirt Hoffstedt.
- Dinslage. 2. Juni Versammlung, abends 8½ Uhr.
- Kalk. Samstag, den 2. Juni, abends 9 Uhr Versammlung bei Schorodt. — Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Nijerfeld wohnt jetzt Hochstr. 38, I. Stg.
- Menz. Sonntag, 10. Juni morgens 11 Uhr bei Ohligs Oberstr.
- Oblig. Samstag, den 9. Juni.
- Rendsburg. Sonntag, 10. Juni, nachm. 4 Uhr im Restaurant Bachmann, Löwenstr. 3. Referent: Kollege Helbig-Kiel.
- Witten. 2. Juni, abends 6½ Uhr bei Wübke.
- Wegburg. Samstag, den 2. Juni, abends 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Wm. Bloch.
- Siegen. Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr Versammlung.
- Schwab. Grund. Pfingstmontag, Ausgang nach Kuhl-langen-Strone zu den dortigen Kollegen.

### Ortsverwaltung Oberhausen.

- Die Delegiertenwahl zur Generalversammlung findet in den einzelnen Sektionen ihrer Monatsversammlungen statt und zwar: Oberhausen. 10. Juni, nachmittags 3 Uhr bei Meiter.
- Mülheim. 10. Juni, vormittags 11 Uhr bei Süder.
- Radde. 10. Juni, vormittags 11 Uhr bei de Prol.
- Ostfeld. Durch den Vertrauensmann werden die Stimmzettel am 10. Juni abgeholt.
- Schwarachtendorf. Den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr bei Müllmann.
- Sterkrade. Den 17. Juni, nachm. 5 Uhr bei Süßenherm.

**Gewerkschaftssekretär gewählt.** Das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln, sucht zum baldigen Antritt einen Gewerkschaftssekretär. Derselbe muß organisatorisches Talent und gründliche Kenntnis der sozialen Gesetzgebung besitzen. Außerdem ist längere Mitgliedschaft bei einer christlichen Gewerkschaft Bedingung. Bewerbungen sind bis zum 15. Juni d. J. unter Beifügung eines Lebenslaufes, sowie einer Aufzählung über die Aufgaben eines Gewerkschaftskartell-Beamten an den Vorsitzenden des Kartells: Rudolf Fischer, Köln, Palmstraße 14 zu richten.

### Kalk.

10% Rabatt bei jedem Einkauf erhalten die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes — bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches. — Herren- und Damenkonfektion, Manufakturwaren. Größtes Kaufhaus.

**Edmund Esser**  
Hauptstrasse 91, 93, 95, 97.